

Rezensionen

WIDERSPRUCH. Beiträge zu sozialistischer Politik, Nr. 49. Zürich:
WIDERSPRUCH 2005, 232 Seiten

„Prekäre Arbeitsgesellschaft“ – mit diesem spannungreichen Titel erscheint diese Ausgabe der Zeitschrift *WIDERSPRUCH* aus Zürich. Eine Hauptthese, die damit angedeutet wird, besteht darin, dass neue Formen von Normalität sich in der Arbeitsgesellschaft verstetigen. Diese konnten zuvor noch als prekäre Randlagen bezeichnet werden. In den Beiträgen geht es um die Grenzen zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt. Schlagworte in der Debatte sind: gesellschaftliche Integration, soziale Sicherheit, Flexibilität, *workfare*, Armut und Subjektivierung.

Im Heft werden verschiedene länder-spezifische Problembearbeitungs- und Regulierungsversuche aus kritischer Perspektive dargestellt. Schwerpunkte liegen dabei auf Großbritannien, der Bundesrepublik, der USA und – wie sollte es anders sein – auf der Schweiz. Es erstaunt wie stark sich die politischen Diskurse in den Ländern ähneln. Die Grundgedanken in den Reformprogrammen des Sozialstaats sind dieselben. Teilweise können Namen von Akteuren und Gesetzen ausgetauscht werden. So sind die „linken“ Regierungen in der BRD und Großbritannien mit dem Schröder-Blair-Papier auch gemeinsam auf den Dritten Weg in die Neue Mitte gestartet. Die Arbeitsmarktpolitik der „Rot-Grünen“ Bundesregierung orientierte sich ebenso wie die von Blair an dem Konzept des Wandels von *welfare* zu *workfare*. Dabei können unter dem Begriff *workfare* „postfordistische Formen der Re-Regulie-

rung der Arbeitsmärkte“ (S. 30) verstanden werden.

Die konkreten Umsetzungen der Neuorientierung weisen aber einige Unterschiede auf. *Roland Atzmüller* beschreibt, wie Tony Blair mit seiner umgemodelten *New Labour* einen Mindestlohn und eine negative Besteuerung von kleinen Einkommen als Bestandteil von *workfare* einführte. Im Vergleich dazu wird in der Bundesrepublik der Mindestlohn recht wahrscheinlich auch über die aktuelle Legislatur eine Forderung der Gewerkschaften ohne Realisierungschance bleiben. Die negative Besteuerung hingegen ist das Kernprojekt in der Arbeitsmarktpolitik der CDU. Diese will Kanzlerin Angela Merkel unter dem Titel *Kombilohn in Dribbelschritten* durchsetzen. Aus dem Vergleich von Großbritannien und der Bundesrepublik wäre zu folgern, dass weder *workfare* ein genuin sozialdemokratisches Konzept ist, noch die gewandelte sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik sich trennscharf von neoliberalen oder neokonservativen Politiken abgrenzen lässt.

Das Konzept des *workfare* wird von *Kurt Wüss*, der besonders die Situation in der Schweiz beschreibt, als „Erziehung zu einer bestimmten Form von Arbeit“ (78) entschlüsselt. Dabei wird der Vergleich mit den USA angestellt, da dort *workfare*-Konzepte seit geraumer Zeit etabliert sind. So gibt es auch in den Vereinigten Staaten staatliche Lohnkostenzuschüsse, „die ganze Lohngefüge nach unten drücken“ (81). Gleichzeitig ist aber darauf hinzuweisen, dass der Beschäftigungszuwachs in den USA gar nicht primär bei den so genannten *McJobs* stattfand, sondern Folge staatlicher Investitionen ist. Diese wird in den

europäischen Ländern nicht als Vorbild gesehen und würde mit der derzeitigen Beschaffenheit der EU-Stabilitätskriterien in Konflikt geraten.

Eva Nadai und *Gabriele Michalitsch* beschreiben übereinstimmend in getrennten Aufsätzen wie der „Aktivierende Staat“ die Haftung für die Ergebnisse seiner Politik auf den Einzelnen überträgt. „Scheitern kann nur die Klientin ... während der Staat nicht für die nicht gelingende Integration haftbar gemacht werden kann“ (S. 25), da der Staat lediglich nur noch fördert, die Verantwortung aber auf das Individuum überträgt. „Aktivierung zielt auf Ausrichtung von Sozial- und Arbeitsmarktpolitik auf individuelle Lösungen, damit werden gesellschaftliche Konflikte vielfach als private Problemlagen jenseits politischer Zuständigkeit redefiniert“ (S. 46). Aktivierung setzt somit „am Individuum an, das sich durch die Änderung seines Verhaltens gleichsam selbst in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integrieren soll“ (S. 21). Somit werden die Problemlagen individualisiert.

Vor dem Hintergrund der im *WIDERSPRUCH 49* beschriebenen Arbeitsmarktpolitik und Aktivierungskonzepte erscheint die Globalisierungsdebatte, mit der einhergehend von der „Denationalisierung“ die Rede war, recht stark verblasst, da nicht nur die Notwendigkeit zur Regulierung, sondern auch die Handlungsfähigkeit des „Aktivierenden Staates“ zurück in das Zentrum der Betrachtungen getreten ist. Dabei gibt sich die vermeintliche Deregulierung vielmals als Re-Regulierung zu erkennen. Dies wird besonders intensiv an der Grenze zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (d.h. bei den unteren gesellschaftlichen Schichten) sichtbar.

Leider bezieht sich die Analyse der Transformation der Arbeit im Heft des *WIDERSPRUCHS* lediglich auf die west-

lichen Industrienationen. Die prekären Ränder werden nur innerhalb dieser Länder gedacht. Dabei wären Betrachtungen der globalen Arbeitsteilung, des Exportüberschusses der westlichen Staaten und der damit verbundene Export von Arbeitslosigkeit erkenntnisreich. Bei den ganzen Umgestaltungen der Produktion sind die Industrieländer weiterhin Gewinner gegenüber den Peripherien. Zynisch bezüglich eines Entwicklungsbegriffs, der Fortschritt als vergehende Zeit begreift, könnte man anmerken, dass die Länder des Südens auf dem Gebiet der prekären Beschäftigung Vorreiter sind.

Dabei unterscheidet sich die Situation aber dahingehend, dass gerade das Normalarbeitsverhältnis in den Industrienationen der Ausgangspunkt ist, was für die anderen Länder weniger zutrifft. Weiterhin ist in den meisten Ländern der Peripherie eine so umfangreiche Regulation der Arbeitsmärkte, wie sie derzeit verformt wird, gar nicht vorhanden. Der *WIDERSPRUCH* macht die klaffende Lücke bezüglich der globalen Arbeitsverhältnisse durch einige Texte in dem Teil, der nicht zum Schwerpunktthema gehört, wieder wett. Da geht es um eine Kaffeekooperative in Mexiko, die schweizerische Kollaboration mit dem südafrikanischen Apartheidsregime und eine solidarische Ökonomie in Brasilien.

Thomas Günther

Jürgen Zimmerer (Hg.): *Verschweigen – Erinnern – Bewältigen. Vergangenheitspolitik in globaler Perspektive*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2004 (Comparativ, 14. Jg., Nr. 5/6.), 318 Seiten

Vergangenheitspolitik wird vor allem da zum Thema, wo es gilt, traumatische Ereignisse und zumal staatlich verursachte,

im großen Maßstab verübte Verbrechen von systematischer Repression unter Diktaturen über die Vorbereitung und das Führen von Kriegen bis hin zum Völkermord zu bearbeiten. Das vorliegende Schwerpunktheft der historischen Zeitschrift *Comparativ* soll dementsprechend erörtern, „wie Staaten nach Regimewechseln mit ihrer Geschichte umgingen“ und so dazu beitragen, in der Perspektive einer „transnationale(n) und global vergleichende(n) Geschichte“ die Erforschung von „Prozesse(n) der Erfindung von Traditionen, der politischen Instrumentalisierung von Erinnerung und Konstruktion einer politisch einsetzbaren Vergangenheit“ voranzubringen (Zimmerer, 10). In den acht Beiträgen befasst sich *Christoph Cornelißen* vergleichend mit Etappen der Vergangenheitspolitik in Deutschland und Italien seit 1945; *Chungki Song* untersucht Phasen der Vergangenheitspolitik in Südkorea nach 1945 unter dem übergreifenden Aspekt der nach wie vor anhaltenden Teilung des Landes; *Xosé-Manoel Núñez* zeigt die kontroversen Formen der Konstruktion einer national(staatlich)en Identität in Spanien vor dem Hintergrund der Franco-Diktatur und dem Umgang mit dieser einschneidenden Erfahrung auf; *Ben Kiernan* geht der schwierigen Suche nach „Geschichte“ nach, die in Kambodscha nach den Katastrophen des Indochina-Krieges und der Herrschaft der Roten Khmer einsetzte; *Katharina Gajdukowa* legt einen ausgreifenden Vergleich der Erinnerungs- und Lustrationspolitik im ehemaligen sowjetischen Machtbereich nach 1989/91 vor; *Christoph Marx* untersucht die Widersprüche und Schwierigkeiten der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC), und *Dominik J. Schaller* zeichnet die Auseinandersetzung mit dem Völkermord in Rwanda auf nationa-

ler und internationaler Ebene nach. *Martin Berg* schließlich schlägt abweichend von den übrigen, mit Regimewechseln verknüpften Fallbeispielen einen analytischen Rahmen für das Verständnis von Restitutionsbewegungen in den USA vor.

Wie Cornelißen festhält, sind „die Aufmerksamkeit für das tatsächliche historische Geschehen“ und die „Diskursgeschichte“, die zugleich auf historisch spezifische „Handlungsspielräume“ verweist (18), unauflöslich miteinander verkoppelt. In frappierender und auch erschreckender Weise wird dies am Beispiel Kambodschas deutlich. Hier wurde durch das genozidale Vorgehen der Roten Khmer nicht nur die Funktionseelite einschließlich historischer Expertise eliminiert, es kam zum völligen Zusammenbruch des Erziehungswesens, das nach der Besetzung des Landes durch Vietnam ab Anfang 1979 unter äußerst schwierigen Bedingungen wieder aufgebaut werden musste – doch erst ab Ende der 1980er Jahre gab es wieder Geschichtsunterricht oder Ansätze historischer Arbeit an der Universität, freilich unter Aussparung der Periode der Roten Khmer. Diese „Vernebelung“ hielt 2003 noch an, doch die Politik der USA ebenso wie die Zurückhaltung der UN-Gremien mit entsprechenden Stellungnahmen „erschwerten es, den Kambodschanern zum Vorwurf zu machen, sie setzten sich nicht mit ihrer Geschichte auseinander“ (Kiernan, 83). Die Weigerung, Materialien offen zu legen und Sachverhalte wie insbesondere den Völkermord zu benennen, steht in deutlichem Zusammenhang mit der Verantwortung der USA für die massive Bombardierung Kambodschas während des Indochina-Krieges, die den Aufstieg der Roten Khmer begünstigte. Einmal an der Macht erschienen sie den US-Regierungen wie der VR China als nützliches Gegengewicht

gegen das sowjetfreundliche Vietnam. Vergangenheitspolitik steht hier in einem wahrhaft transnationalen Interessenfeld, das die Zurechnung von Verantwortung ebenso erschwert wie die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit selbst.

Zunächst in einem strikt nationalstaatlichen Rahmen analysiert Christoph Marx die TRC, deren Widersprüche sich für ihn nicht zuletzt aus dem historischen Kompromiss ergaben, mit dem einerseits dem Apartheidsregime wenigstens formal ein Ende gesetzt wurde, mit dem aber andererseits wichtige gesellschaftliche Strukturen festgeschrieben und auch die Möglichkeiten einer retrospektiven Gerechtigkeit unweigerlich eingeschränkt wurden. Hinzu kam die Hinwendung des ANC als der politisch bestimmenden Kraft nach 1994 zu neoliberalen Politiken und „gesellschaftspolitische(m) Konservatismus“ (119), was die Kooptation der alten Eliten weitgehend einschloss, die zugleich auf den „Abbau einer demokratischen Diskussionskultur“ bereits seit „Anfang der 1990er Jahre“ folgte (113). Die Folge war eine Privilegierung der Amnestie im Rahmen des Mandats der TRC, was die Täter des Apartheidsregimes begünstigte, während Opfern häufig die Zustimmung zu „Versöhnung“ und „Vergebung“ durch den dominierenden christlich gefärbten Diskurs aufgedrängt wurde und die Rehabilitation, also die Entschädigung für erlittenes Unrecht, noch immer aussteht und von der ANC-Regierung auf die lange Bank geschoben wird. Andererseits zeigen die regionalen Gegenbeispiele Zimbabwe und Namibia, wo ein Prozess der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ausdrücklich vermieden wurde, deutlich die Bedeutung eines wie immer auch unvollkommenen „Korrektiv(s)“, das die TRC gegenüber einem vom ANC propagierten „afrikanischen Kulturnationalismus“ und in

einer schwer zu vermeidenden Situation „der fatalen Verquickung von Zeitgeschichtsschreibung und Nation-Building“ letztlich doch darstellte. Die „exklusive Kontrolle über die Geschichte“ blieb der hegemonialen Befreiungsorganisation so immerhin verwehrt (122).

Die Analyse des Genozids in Rwanda und seiner Bearbeitung schließt inhaltlich in gewisser Weise hier an, wenn Schaller vor dem Hintergrund eines historischen Überblicks, zumal der höchst unrühmlichen Rolle der UN und allgemein der internationalen Gemeinschaft näher die Spannung zwischen den Bestrebungen des 1994 nach dem Genozid an die Macht gelangten RPF-Regimes nach juristischer Aufarbeitung und dem extern unter UN-Regime installierten Tribunal im tanzanischen Arusha erläutert. Das Arusha-Tribunal bedeutet aus dieser Perspektive – nicht nur aufgrund seiner Anlaufschwierigkeiten und Ineffizienz – die Verweigerung einer im nationalstaatlichen Rahmen selbstbestimmten Aufarbeitung, die eher durch die traditionellen Institutionen nachempfundenen Gacaca-Tribunale möglich sein könnte. Sie bieten zugleich die Chance, die rein quantitativ überwältigende Aufgabe der Aburteilung von -Zigtausenden von Tätern auch nur annähernd zu lösen. Freilich legen neuere Analysen der Erinnerungspolitik der RPF eine kritischere Perspektive nahe, als sie hier skizziert wird.

Die zentrale Bedeutung der Kontinuität von Herrschaftssystemen und Funktionselementen wird besonders deutlich am Beispiel Südkoreas, wo die Auseinandersetzung mit der japanischen Kolonialherrschaft und insbesondere mit den „Pro-Japanern“, die als Verwaltungs- und Funktionselemente benötigt wurden, durch die Zwänge des Kalten Krieges und der Konfrontation mit dem Norden unter den diktatorischen Regimen jahrzehn-

telang blockiert wurde. „Opferzentrierte Gerechtigkeit“, die nun auch die Opfer der Militärdiktaturen, insbesondere symbolisiert durch das Massaker von Kwangju von 1980 einschloss (51), wurde erst nach den ersten Stufen des Demokratisierungsprozesses möglich. Wie Song betont, ist „Vergangenheitspolitik ... bis heute unverändert eine politische Ressource geblieben“, freilich mit „lediglich“ veränderter „politische(r) Kontextualisierung und Funktionalisierung“ (53f). Gerade wenn die Problematik die Kontinuität von Eliten auch im deutschen oder südafrikanischen Beispiel eine zentrale Rolle für die Thematisierung spezifischer Aspekte der Vergangenheit oder häufig für deren Beschweigen spielt, ist freilich auch vor dem Hintergrund der in diesem Band vermittelten Einsichten zu fragen, ob eine entkontextualisierte und nicht funktionale Vergangenheitspolitik denn möglich sei, oder ob nicht vielmehr unser Bild der Vergangenheit und zumal das öffentlich beglaubigte oder gar kanonisierte nicht immer Ausdruck von Aushandlungs- und damit letztlich von Machtprozessen und Interessenkonflikten sein wird. Wer sich an den Assoziationen mit „Gewaltsamkeit“ stößt, die der auch hier im Titel verwendete Terminus „Bewältigen“ unweigerlich aufruft, möge bedenken, ob dies nicht die gegenüber der „richtigeren“ Perspektive der *Bearbeitung* in vielen Fällen doch realistischere Bezeichnung für die betrachteten Vorgänge ist.

Reinhart Kößler

Shalini Randeria, Martin Fuchs & Antje Linkenbach (Hg.): *Konfigurationen der Moderne. Diskurse zu Indien*. Baden-Baden: Nomos Verlag 2004 (Soziale Welt Sonderband 15), 493 Seiten

Trotz der hier zulande neuerdings allseits verbreiteten Forderungen nach einer kos-

mopolitischen oder „one-world sociology“ bleiben die Stimmen der „Anderen“, der nicht-westlichen Gesellschaften und Gesellschaftstheorien im Westen nach wie vor weitgehend ungehört. Noch immer werden universale Geltungsansprüche erhoben auf der Basis von Verallgemeinerungen über ein derart schmales Spektrum an Gesellschaften wie das, was der Westen zu bieten hat. Und noch immer wird die Modernisierung der westlichen Gesellschaften in Unabhängigkeit von der kolonialen Expansion betrachtet, wird die wechselseitige Beeinflussung der Entwicklungen hier und dort aus der Betrachtung ausgeklammert. Der vorliegende Sonderband der *Sozialen Welt* sucht dem Abhilfe zu schaffen durch Vorstellung einer beeindruckenden Sammlung von Beiträgen indischer – und über Indien arbeitender deutscher – Sozialwissenschaftler, die allesamt indische Modernisierungserfahrungen in allgemeintheoretisch vergleichender Perspektive zu verarbeiten suchen und dabei weder den Kolonialismus noch die vorkoloniale indische Geschichte aussparen.

Gemäß den HerausgeberInnen lassen sich die Positionen in der indischen Debatte um die Modernisierung in drei (nicht immer scharf abgrenzbare) Gruppen aufteilen: die „Modernisten“, die „kritischen Traditionalisten“ und die „Skeptiker“. Die Modernisten (prominentester Vertreter: André Béteille) plädieren für eine Modernisierung nach westlichem Vorbild, in der weder traditionale Werte und Formen der Sozialität noch traditionale Gemeinschaftsbindungen (insbesondere Kastenbindungen) eine Rolle spielen dürfen. Die Neotraditionalisten (prominentester Vertreter: Ashis Nandy) dagegen glauben an die ethische Überlegenheit lebendiger Traditionen auf dem indischen Subkontinent und plädieren für eine Reform der indischen Institutionen

auf deren Grundlage – meist unter expliziter Berufung auf Gandhi. Die Skeptiker (prominenteste Vertreterin: Veena Das) äußern einerseits nuancierte Kritiken an der Moderne westlicher Provenienz, ohne sie andererseits in gleichem Maße abzulehnen wie die Neotraditionalisten.

Die Beiträge, die dem Rezensenten am besten gefallen haben, entstammen (sicher nicht zufällig) allesamt der dritten Gruppe. *Veena Das* stellt die Frage nach den „kulturellen Rechten“ von als solche anerkannten politischen Gemeinschaften. Sie diskutiert diese Frage am Beispiel von zwei berühmt gewordenen Rechtsverfahren, bei denen es einmal um die Unterhaltsansprüche einer von ihrem Mann geschiedenen Muslimin, einmal um einen Fall von *sati* („Witwenverbrennung“) und deren kultische Verherrlichung ging. Die entscheidenden Probleme, die sich bei der Anerkennung von „nichtstaatlichem Recht“ stellen, sind in ihrer Sicht das Problem der Heterogenität *innerhalb* einer Gemeinschaft, das Problem der Arten von Gemeinschaft, denen solche Rechte zugesprochen werden (kommen z.B. nur ethnische oder religiöse Gruppen in Frage oder etwa auch eine „Gemeinschaft der Frauen“?) und ihrer Rangfolge sowie das Problem des Schutzes des Individuums gegenüber der mit solchen Rechten ausgestatteten Gemeinschaft.

Tanika Sarkar zeigt, wie die (rechts-hinduistische) *Hindutva*-Ideologie von höherkastigen Hindus angesichts der Drohung einer möglichen Abspaltung der unteren Kasten vom Hindutum als Erklärungssystem entwickelt wurde, das den Muslim – und nicht die eigenen Kastenprivilegien – verantwortlich machte für alle Ungerechtigkeiten. Eine zentrale Rolle kam dabei dem Bild von der gefährdeten Hindu-Frau zu, die angeblich fortwährenden Angriffen von Seiten der muslimischen Eindringlin-

ge ausgesetzt sei und deren Gesundheit und Moral es angesichts einer mutmaßlichen demographischen Bedrohung durch die muslimische Bevölkerung vor allem zu schützen gelte. So erklärt sich auch der erstaunliche Erfolg der Frauenorganisation der rechtsextremen RSS, die von Frauen nichts als strikte Unterordnung unter das bestehende patriarchalische Wertesystem erwartet.

Ravi Ahuja untersucht den Wandel in den (Lohn-)Arbeitsbeziehungen in Indien seit der Unabhängigkeit und stellt fest, dass die allseits prognostizierte Angleichung an westliche Arbeitswelten keineswegs stattgefunden hat. Der Anteil der im formellen Sektor abhängig Beschäftigten beträgt noch immer unter 10%. Massenarbeitslosigkeit, Informalisierung, Deregulierung und Flexibilisierung sind die Regel (hier zieht der Westen derzeit nach), darüber hinaus aber auch Phänomene wie das „Subcontracting“ und die Monopolisierung bestimmter Beschäftigungszweige durch bestimmte Gemeinschaften. Ahuja wendet sich strikt gegen alle kulturalistischen Erklärungsmuster, die solche Differenzen in einer „Aufspaltung des sozialen Raumes“ in eine traditionale und eine moderne Wertewelt begründet sehen. Es ist schlichtweg nicht vorstellbar, dass „die alltäglichen Erfahrungen im Arbeitsprozess, mit den sozialen Verhältnissen in der Jutefabrik und im überfüllten proletarischen Slum, mit einem urbanen Umfeld, das kulturell viel diverser war als das Herkunftsdorf ... die Vorstellungen von Religion und Kaste, von Arbeit und Geschlechterbeziehungen, von Ethnizität und sozialer Macht“ (355) nicht beeinflusst hätten.

Unter Absehung von meinen spezifischen Prädispositionen (soweit dies möglich ist) scheint mir der zentrale Beitrag des Bandes *Shalini Randeria*s „Verwobene

Moderne: Zivilgesellschaft, Kastenbindungen und nicht-staatliches Familienrecht im (post)kolonialen Indien“ zu sein, in dem die Autorin versucht, Anregungen aus allen genannten Forschungsansätzen zusammenzubringen. Randeria sucht zu zeigen, dass „die gegenwärtige Form und die Funktion der partikularen Bindungen zu Kasten und die Funktion von Kastenräten als Formen zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation ... interpretiert werden können“ (157). Dies kann selbstredend nur dann funktionieren, wenn Freiwilligkeit des Beitritts kein konstitutives Merkmal des Begriffs von „Zivilgesellschaft“ ist, was in ihrer Sicht kein Problem ist, wenn man (Kocka folgend) „Zivilgesellschaft“ als „Raum gesellschaftlicher Selbstregulierung und Selbstorganisation jenseits von Markt, Staat und Familie definiert“ (166). Auch partikular und askriptiv definierte Gemeinschaften wie Kasten oder Kastenräte können theoretisch solche Räume der Selbstorganisation darstellen; und die Autorin zeigt unter Verweis auf ihre eigenen empirischen Untersuchungen unter Dalit- („Unberührbaren“-)Kasten, dass sie in der Tat als solche funktionieren. Sie bieten Foren „partizipatorischer Entscheidungsfindung“ („wenn auch ohne Partizipationsmöglichkeiten für Frauen“ – 166), die ihre „eigenen Normen, Verfahrensweisen und Praktiken der Selbstverwaltung ... eifersüchtig vor staatlichen Eingriffen schützen“ (168) und schaffen so „Raum für die Erprobung von Alternativen zum Staat und für Formen der Selbstorganisation“ (174f). Die Argumentation ist innovativ und überzeugend. Soweit sie sich auf Dalit-Kasten bezieht, habe ich damit auch keine Probleme – abgesehen davon, dass die internen Machtungleichgewichte gar zu sehr herun-

tergespielt werden. Probleme habe ich jedoch, wenn das Argument (wie vielfach im Text) auf Kasten und Kastenräte im Allgemeinen ausgeweitet wird. Denn hier erhält 1. der Begriff der „Selbstorganisation“ (wie auch der der „Zivilgesellschaft“) einen Heiligenschein, den er in keiner Weise verdient – „Selbstorganisation“ ist es schließlich auch, wenn der Kastenrat einer lokal dominanten Landbesitzerkaste in Bihar in solidarisch-partizipatorischer Entscheidung beschließt, Schlägertrupps zur Bestrafung unbotmäßiger Dalit-Landarbeiter auszusenden. 2. wird eine Fixiertheit der Argumentation auf den Staat und dem korrespondierend eine Vernachlässigung der Klassenverhältnisse offenbar, die ebenfalls nicht zu rechtfertigen ist. Selbstverständlich gibt es lästige Eingriffe des Staates, aber der Alltag der Angehörigen der niederen Kasten auf dem Lande, die zum allergrößten Teil landlose Arbeiter sind, ist der der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch die Grundbesitzer, welche wiederum in aller Regel als „dominante Kasten“ organisiert sind, die ihre eigenen Normen, Verfahrensweisen und Praktiken ihrerseits „eifersüchtig vor staatlichen Eingriffen schützen“. Der entscheidende Gegensatz ist eben nicht der zwischen „lokal“ und „staatlich“, sondern der zwischen herrschenden und beherrschten Klassen.

Trotz dieser kontroversen Einschätzung – dem Band ist weiteste Verbreitung zu wünschen. Er ist von unschätzbarem Wert als Korrektiv gegen den Provinzialismus der europäischen, insbesondere der deutschen Sozialwissenschaften und kann auf die Diskussion über die „Zivilgesellschaft“ wie über die „Moderne“ nur befruchtend wirken.

Gerhard Hauck

Conrad Schetter: *Kleine Geschichte Afghanistans*. München: Verlag C. H. Beck 2004, 157 Seiten

Der Bonner Ethnologe Conrad Schetter hat eine kleine Geschichte Afghanistans vorgelegt. Wie bei vielen anderen nicht aus der Region stammenden Autoren ist die Darstellung weitgehend korrekt, soweit es sich um allgemeine Fragen handelt. Geht es jedoch um interne bzw. Detailspekte, kommt es bei fast allen zu vielen Fehleinschätzungen. Kürzlich habe ich deswegen sogar die Rezension eines Buches abgelehnt. Ich kenne keine nichtafghanische Publikation über Afghanistan ohne gravierende Fehler. Das trifft leider auch auf den Text von Conrad Schetter zu. Würde ich alle Fehler auflisten, käme dabei nur ein negative Rezension heraus, damit wäre der Sache nicht gedient. Sehen wir mal von „Kleinigkeiten“ ab, wie beim Namen der 1924 gegründeten deutschsprachigen Nedjat-Oberschule in Kabul (S. 14), die Amani-Oberschule hieß, oder, dass der Krieg in Afghanistan 1979 „ausbrach“ (S. 10), wobei Kriege ja von Menschen gemacht und auch begonnen werden, des weiteren der Begriff „Machtergreifung“, den Conrad Schetter durchgehend sowohl bei den „Kommunisten“ als bei den „Islamisten“ verwendet. Dieser Begriff sollte dem NS-Regime in Deutschland vorbehalten bleiben.

Die Ansicht, dass die Afghanen „den Zusammenbruch der Sowjetunion“ (S. 13) und die Öffnung der „Berliner Mauer“ eingeleitet hätten, ist sehr populär, und die afghanischen „Modjahedin“, Nationalisten und Chauvinisten fühlen sich dadurch sicher geehrt; wer sich aber mit den innenpolitischen Faktoren und den Stellungnahmen Michael Gorbatschows und seiner Entourage befasst hat, wird zu einer anderen Einschätzung kommen.

„Das ethnische Konfliktpotential kam in Verlauf des Kriegs zum Tragen“, meint der Autor (S. 13). Aufmerksame Beobachter haben dazu festgestellt, dass die „Modjahedin“, nachdem sie 1992 die Macht auf dem silbernen Tablett serviert bekommen hatten, die „ethnische Karte“ gezielt ins Spiel brachten, weil sie statt das Land gemeinsam zu regieren, den „Bruder-Krieg“ fortsetzten und die „Islamische Karte“ in der Bevölkerung deshalb nicht mehr akzeptiert wurde, da es ja weder sowjetische noch afghanische „Kommunisten“ zu bekämpfen galt.

Zur Darstellung der deutsch-afghanischen Beziehungen während des Ersten Weltkrieges: Nach Conrad Schetter sollte eine Abordnung von Kaiser Wilhelm II die afghanische Regierung davon zu überzeugen, „Britisch-Indien und Russland den Krieg zu erklären“ (S. 14). Eher ist richtig, dass die afghanische Regierung für einen Krieg auf Seiten Deutschlands gegen Britisch-Indien gewonnen werden sollte. Von einer möglichen Kriegserklärung Afghanistans an Russland ist in der einschlägigen Literatur keine Rede.

Die BRD-Entwicklungshilfe findet zwar allgemein Erwähnung, jedoch erfährt der Leser über deren Ergebnisse nichts. Es wird von den intensiven deutsch-afghanischen Beziehungen gesprochen und von der Verbreitung der deutsche Sprache in Afghanistan, die „mit der kommunistischen Machtergreifung“ ein jähes Ende gefunden habe. Tatsächlich wollte die afghanische „kommunistische“ Regierung mit allen, auch westlichen Ländern, ihre guten Beziehungen fortsetzen. In ihrem ersten Entwicklungsplan waren Projekte aller westlichen Länder, darunter auch von USA und BRD, vorgesehen. Die Regierung unter Nur Mohammad Taraki hatte von der Bundesregierung eine Zusage über 25 Mio. DM erhalten, aus-

gezahlt wurden diese jedoch nie. Nach der sowjetischen Intervention am 27. 12. 1979 wurden die BRD-Entwicklungshelfer über die Deutsche Welle aufgerufen, Afghanistan zu verlassen. Stattdessen erfolgte die Hilfe der BRD über die pakistanische Regierung an die Modjahedin.

Die Stärke von Schetters Darstellung liegt in den Bereichen der ethnologischen und kulturellen Geschichte Afghanistans (S.18-28). Die politische Geschichte ist von Detailverliebtheit und Langatmigkeit gekennzeichnet. Schetter orientiert sich an einer afghanischen Geschichtsschreibung, die eher eine Geschichte von „unzähligen Herrschern“ (S. 51ff.) ist und bei der die Lage der Bevölkerung unerwähnt bleibt. Dem Anspruch von Geschichte als einer Wissenschaft, die die Entwicklung einer Gesellschaft und deren Gesetze zu behandeln hat, wird das nicht gerecht.

Auch auf das Lieblingsmärchen aus der Zeit des Kalten Krieges, dass Russland über das afghanische Territorium zum „warmen Meer“ gelangen wolle, mag Schetter nicht verzichten (S. 55). Das ist eine Totalfälschung des Testamentes von Peter dem Großen, die immer noch weiter verbreitet wird. Russen und Briten hatten sich längst über ihre Einflussbereiche verständigt. Ein Vordringen Russlands zum Indischen Ozean hätte unweigerlich zu einem Zusammenprall beider Mächte geführt. Selbst als die sowjetische Marine mit ihren U-Booten längst im Indischen Ozean operierte, wurde diese für die Propaganda bestens geeignete Parole weiter aufrecht erhalten.

Bei der Gründung des afghanischen Staates 1747 beruft sich Schetter auf „das großartige Werk von Mountstuart Elphinstone“ (S. 48). Ein Fehler Elphinstones, eines Briten, der sich 1809 in Kabul aufgehalten hat, wird dabei zum Faktum erhoben. Dieser hatte behauptet, dass Ahmad Schah

siegreich nach Qandahar einmarschiert sei und die Macht übernommen habe. Tatsache ist jedoch, dass Ahmad Schah ein Kompromisskandidat der mächtigsten Stämme war, die sich nicht auf einen Herrscher aus ihren Reihen einigen konnten. Ahmad Schah gehörte zu einem unbedeutenderen Stamm und konnte deshalb den mächtigen Stämmen nicht gefährlich werden. Außerdem versprach er ihnen absolut freie Hand bei den Steuereinnahmen. Gerne hätte man auch gewusst, warum Ahmad Schah mehrfach Indien überfallen, verwüstet und zum Teil ausgeraubt hat.

Schetter schreibt, wie es in vielen Büchern unkritisch geschieht, von „anglo-afghanischen Kriegen“ (S. 55, 63), die es in der Tat in der geschilderten Art nie gegeben hat. Es handelte sich um britische Überfälle und Kolonialkriege gegen Afghanistan.

Interessant dargestellt ist dagegen die Innenpolitik des grausamen Despoten Abdul Rahman (1880-1901), der durch seinen Isolationismus das Land zugrunde gerichtet hat. Im außenpolitischen Bereich degradierte er Afghanistan zu einem britischen Protektorat und im Durand-Vertrag vom 12. 11. 1893 stimmte er der Trennung von ca. 190.000 qkm mit ca. 9 Mio. Einwohnern im Osten und Süden des Landes (Paschtunistan und Belutschistan) vom afghanischen Staatsgebiet zu Gunsten der britischen Kolonialmacht zu. Dieser Vertrag verursacht bis heute eine Dauerkrise zwischen Afghanistan und Pakistan. Sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik des Despoten Habubullah, Sohn und Nachfolger von Abdul Rahman, wurde zum Hemmnis für eine Modernisierung des Landes. Dies war der Hauptgrund für die Entstehung der „Jungafghanen“, und nicht der Kampf gegen den „britischen und russischen Imperialismus“, wie Schetter annimmt (S. 73).

Sicher spielte auch die außenpolitische Unabhängigkeit von britischer Bevormundung eine wichtige Rolle. Für König Amanullah (1919-1929) als Repräsentant dieser Bewegung hatte diese Frage die höchste Priorität. Als er diese schriftlich einforderte, begannen die Briten am 3. 5. 1919 erneut einen Krieg gegen Afghanistan. Von einer „afghanischen Kriegserklärung“ (S. 74) ist dabei nur in der pro-britischen Historiographie die Rede.

Amanullah wurde Opfer seiner überhasteten Reformpolitik und von den Briten mit der Unterstützung der afghanischen konservativen Geistlichkeit, vor allem der Modjadadie (heute würde man sie Islamisten oder Modjahedin nennen) gestürzt (S. 75). Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es laut Schetter zu Reformen und Demokratisierung (S. 81). Dass es sich dabei nur um eine Pseudoliberalisierung gehandelt hat, wird an Folgendem deutlich: Als einige Abgeordneten der legendären 7. Legislaturperiode (1949-1951) über die US-Kredite von der Regierung Rechenschaft verlangten, wurden diese verhaftet, und damit endete das „Liberalisierungsexperiment“. Schon die seit 1964, aber auch die mit der Ausrufung der Republik 1973 versprochenen Reformen wurden nicht eingelöst. Im Gegenteil, Präsident Daud ließ die Führung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans verhaften. Dieser Partei gehörten die Offiziere an, die ihn an die Macht gebracht hatten. Somit hat er selbst den Aufstand von April 1978 provoziert. Die neue Regierung schloss einen Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der Sowjetunion. Die sowjetische Intervention Ende 1979 hatte dabei weniger mit „der Breschnew-Doktrin“ (S. 99) als vielmehr damit zu tun, dass die Modjahedin bereits *sechs Monate vor* der Intervention von der CIA unterstützt wurden, wie der

ehemalige CIA-Direktor Robert Gates in seinen Memoiren zugegeben hat und wie von Zbigniew Brzezinski, dem Sicherheitsberater des damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, in einem Interview mit *Le Nouvel Observateur* (15.-21. 1. 1998, S. 76) bestätigt wurde.

„Darüber hinaus war es unglaublich, dass (Präsident) Amin die Sowjets zu Hilfe rief“, meint Schetter (S. 101). Streng vertrauliche Dokumente aus dem Archiv der Kommunistischen Partei der Sowjetunion belegen hingegen eindeutig, dass die afghanische Führung insgesamt 21-mal um Hilfe ersucht hat, darunter auch mehrfach unter Amin (vgl. Baraki: *Kampffeld Naher und Mittlerer Osten*, Heilbronn 2004, S. 39f.). Die Verzögerung der Intervention hing mit der Stationierung von US-Raketen Pershing II und Cruise Missile in Europa im Rahmen des „NATO-Doppelbeschlusses“ zusammen. Danach wurde der Afghanistan-Konflikt internationalisiert, was eine nicht wieder gut zu machende Zerstörung des Landes, Militarisierung und Brutalisierung des gesamten Lebens und eine Flüchtlingswelle großen Ausmaßes zur Folge hatte. „Bereits 1983 gab es in Pakistan 339 Flüchtlingscamps, in denen jeweils nur eine Widerstandsgruppe das Sagen hatte“ (S. 105). Hervorzuheben wäre aber, dass dort die Islamisten ideologisch geschult, nach dem Terrorhandbuch der CIA ausgebildet, durch Petro-Dollars und mit Mitteln aus dem Waffen- und Rauschgifthandel finanziert und diese Camps zur Geburtsstätte des islamischen Fundamentalismus und Terrorismus wurden, mit dem wir es heute weltweit zu tun haben. Der Mohnanbau in den von den Modjahedin kontrollierten Teilen Afghanistans nahm (S. 103) hier seinen Anfang, und die Unterdrückung der Frauen wurde perfektioniert (S. 105). Für eine politische Lösung

des Konfliktes, die seitens der afghanischen Regierung versucht wurde, gab es keinen Raum mehr (S. 106-116). Mit der Kapitulation der afghanischen Führung 1992 begann der inner-afghanische „Bruderkrieg“, der die Hauptstadt Kabul „in Schutt und Asche legte“ (S. 119). Die Folgen für Afghanistan waren allerdings viel weiterreichend: Die Modjahedin haben das gesamte Land zerstört, seiner Infrastruktur beraubt bzw. buchstäblich alles bis zur letzten Schraube abmontiert. Afghanistan wurde den afghanischen Wölfen überlassen.

Als in Mittelasien und dem Kaukasus gigantische Erdöl- und Erdgasvorkommen in die Reichweite westlicher Konzerne rückten, interessierten sich die US-amerikanischen und saudischen Energie-Konzerne UNOCAL und Delta Öl für Afghanistan (S. 125). Damit war die Geburtsstunde der Taleban und die Vertreibung der Modjahedin gekommen. Osama Bin Laden als Freund und Förderer der Taleban stand hoch im Kurs. Aber die Taleban haben ihre „historische Mission“, Afghanistan vollständig zu kontrollieren, um Bedingungen für eine sichere Pipeline von Mittelasien zum Indischen Ozean zu schaffen, nicht erfüllt.

Der Krieg gegen sie wurde mit den Anschlägen vom 11. 9. 2001 begründet (S. 136), jedoch war er schon längst beschlossen: Bereits Mitte Juni 2001 informierte die Bush-Administration die pakistanische Regierung darüber, dass ein Krieg gegen das Taleban-Regime vorbereitet werde. Mit der Beseitigung der Taleban-Herrschaft übernahmen die USA faktisch die Macht in Afghanistan. Die jüngsten Ereignisse seit dem Krieg gegen Afghanistan 2001 werden nur oberflächlich wiedergegeben (S. 136 ff.). Jedoch bleibt festzuhalten, dass eine „Petersberger

Konferenz“, eine Ratsversammlung „Loya Djerga“ oder andere Wahlen, von der *New York Times* als „billiges amerikanisches Theater“ bezeichnet, an den realen Machtverhältnissen nichts ändern. In Kabul herrscht Präsident Karzai unter Führung des US-Botschafters Zalmay Khalilzad, jedem Minister wurde ein US-Amerikaner beigeordnet, soweit er selbst keine US-Bürger ist. Wann jedoch aus „Kabulistan“ Afghanistan wird, kann niemand voraussagen. Militärische Voraussetzungen dafür wurden bereits geschaffen. Seit Herbst 2002 wurden in verschiedenen Teilen des Landes „Provincial Reconstruction Teams“ eingerichtet (S. 139). Worin deren Ziel besteht, nämlich in der Unterwanderung der Herrschaftsbereiche der „Warlords“, steht bei Schetter allerdings nicht; auch nicht, weshalb die von der UNO 2001 beschlossene „International Security Assistance Force“ (ISAF) zum Schutz der Kabuler Administration seit Juni 2004 unter NATO-Kommando steht. Damit soll die langfristige Besetzung des gesamten Landes eingeleitet werden: „2006 ist Afghanistan unter Nato-Kontrolle“ (Nato-Botschafter Hikmet Cetin, in: Tageszeitung, 10. 12. 2004, S. 10).

Dass die Zukunft Afghanistans wieder einmal „nicht im Lande selbst, sondern in den Schaltzentralen der Macht in New York, Washington“ usw. entschieden wird (S. 145), lässt wahrlich nichts Gutes erwarten.

Dem Buch von Conrad Schetter sind trotz der angesprochenen Unzulänglichkeiten viele Leser zu wünschen. Sollte er damit einen produktiven Disput unter den an Afghanistan Interessierten anstoßen können, hätte er sich damit einen großen Verdienst erworben.

Matin Baraki

Philipp Schiemann: *Die Ghana-Briefe. Aufzeichnungen aus einem westafrikanischen Land.* edition selene 2004, 110 Seiten

Ich, Ghana und Wir

Philipp Schiemann beschreibt in seinem Buch seine Reise nach Ghana. Was sich zunächst relativ banal anhört, beinhaltet nichts anderes als eine höchst unreflektierte Darstellung des westafrikanischen Landes durch die eurozentristische Brille, wobei die Grenze des Erträglichen bei weitem überschritten ist. Es ist die unkritische Auseinandersetzung seiner beifallspendenden Leserschaft mit dem höchst sensiblen Thema des Aufeinandertreffens differierender Kulturen, die mich motiviert hat, die Publikation zu rezensieren. Auf der Homepage des Autors ist kurz nach der Veröffentlichung der Ghana-Briefe eine lebhaft diskutierte Verwendung des Begriffes „Neger“ entstanden. Schiemann, der als Schriftsteller den Umgang mit Sprache per se zur Profession gemacht haben sollte, rechtfertigt sich hier, er habe gar nicht gewusst, dass der Begriff so negativ konnotiert sei, er bedeute doch eigentlich nur „schwarz“. Wie naiv darf eigentlich ein Afrikareisender sein, der seine Erlebnisse noch dazu zu Papier bringt? Ironisch habe er den Begriff gemeint. Geschmunzelt oder gelacht habe ich an dieser Stelle wenig. Sprache bedeutet die Ausübung von Macht. Wer Begriffe definiert, definiert auch Menschen. Es ist nicht nur der Begriff „Neger“, der mehr als unangebracht ist. Warum bezeichnet er die ghanaischen Kinder als „boys“? Warum sind es nicht Kinder, Jungen etc? Würde ich nicht den Begriff „rassistisch“ ablehnen, weil der Begriff eine menschliche Konstruktion zur Diffamierung von Menschenkollektiven ist, würde mir hier der Verdacht

kommen, es könnte sich um rassistische Anteile handeln. Es genügt nicht, sich vom Vorwurf des „Rassismus“, besser Ethnozentrismus freizusprechen, sondern es handelt sich um ein Phänomen, dem nur durch ständige Selbstreflexion zu begegnen ist. Überhaupt ist das Buch so gar nicht zum Lachen, denn der Autor schildert seine Reise als Kette von spröden Missverständnissen der Kulturen, die er im Gewande des liberalen, weltoffenen Individualtouristen kaschiert. Immer wieder stößt der Leser auf bettelnde Kinder, die unerträgliche Hitze, die irgendwie anders denkenden und handelnden Menschen und ihre kulturell bedingten Eigenarten. Warum stehen all die Missverständnisse im Vordergrund der Briefe? Schiemann fehlt es gänzlich an einer differenzierten Wahrnehmung ghanaischer Realitäten; er macht allein das Negative zum Gegenstand seiner Reisebeschreibung. Der Versuch, vielleicht gemachte positive Erfahrungen und Sichtweisen in einen Gesamtzusammenhang einzubringen, wird vom Autor nicht unternommen. Kaum eine Zeile seiner Abhandlung widmet sich den Annehmlichkeiten und Schönheiten, die es zweifelsohne auch in Ghana gibt. Grotesk erscheint auch sein Versuch, Rituale ghanaischer Religionen vollziehen zu wollen. Suchte Schiemann Erfüllung in ihm gänzlich unverständlichen Kulturen? Man stelle sich vor, dass ein „Afrikaner“ nach Deutschland kommt und einen katholischen Priester bittet, doch mal an einem Exorzismus teilnehmen zu dürfen. Ich weiß, dies ist ein überspitzter Vergleich, aber er trifft einen Punkt: das unter dem Erkenntnisinteresse westlicher Moderne schonungslose Eindringen in Räume kultureller und religiöser Intimität. Ich will Ghana nicht zum „kulturellen Nationalpark“ erheben, aber ein bisschen mehr Respekt gegenüber dem kulturell Fremden

stünde europäischen Reisenden schon gut. Der Autor reiht Plattitüden aneinander, ohne ghanaische Menschen und Gesellschaften wirklich verstehen zu wollen. Seine „Liebe“ zu afrikanischen Menschen drückt der Autor darin aus, dass ihn die vielen „Weißen“ in Ghana stören. Ist Afrika nur das Andere, das uns abhanden Gekommene? Ein zoologischer Garten vergangener Zeiten? Erhalten wir andere Kulturen, indem wir sie auf diese Art beehren? Sind nicht Individualtouristen mit ihren guten Absichten die Konquistadoren der Gegenwart? Quasi die Wegbereiter des kulturellen „Monotheismus“, auch wenn sie Gegenteiliges behaupten? Lesen Sie das Buch und Sie lernen etwas: nicht über Ghana und seine Menschen, wohl aber über die seelischen Abgründe „zivilisierter“ Menschen!

Christian Kohrs

Berthold Kuhn: *Entwicklungspolitik zwischen Markt und Staat. Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlicher Organisationen.* Frankfurt a.M. & New York: Campus 2005, 419 Seiten

Dass der Terminus „Zivilgesellschaft“ diffus, dadurch auch ideologisch vielseitig einsetzbar ist, ist sicher nicht neu. Hier wird nun versucht, das Konzept sehr pragmatisch im Sinne einer Operationalisierung für Entwicklungspolitik weitgehend im Sinne der Konzeption vom „Dritten Sektor“ auf Nichtregierungsorganisationen zu operationalisieren. Wie Kuhn verschiedentlich betont, seien bisherige Analysen über NGOs im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und -politik allzu skeptisch gewesen und hätten insbesondere die innovativen Potenziale nicht erkannt und herausgearbeitet, um die es ihm in allererster Linie geht. Und da „Innovationslei-

stungen ... Kritikfähigkeit und den Glauben an den Fortschritt voraus(setzen)“ (54), wendet er sich gegen die allzu skeptische, da nicht innovationsorientierte Sicht der bisherigen Forschung (vgl. auch 354). Demgegenüber geht es Kuhn um „Möglichkeiten der Kooperation mit verschiedenen Akteurstypen“, die bisher längst nicht ausgeschöpft worden seien (358). Die optimistisch-funktionalistische Grundstimmung geht so weit, dass Kuhn unter Verweis auf Gramsci – freilich ohne Originaltexte zu bemühen – auf „systemstabilisierende Funktionen“ verweist, die „zivilgesellschaftliche Akteure ... aus(üben)“ (100).

Seine Empirie bezieht Kuhn vor allem aus seiner eigenen Praxis in der Entwicklungszusammenarbeit und als Gutachter, besonders in Südasien, daneben in Westafrika. Er kann dabei auf durchaus beeindruckende Innovationsleistungen von NGOs verweisen, etwa im Bildungsbereich oder beim Kleinwasserbau, aber auch im Bereich von Organisationskonzepten. Ausgespart bleibt aus dieser auf Projekte und Organisationen eingeschränkten Sicht freilich jene Innovationstätigkeit, die gerade im „informellen Sektor“ alltäglich Millionen das Überleben sichert. Kuhns Darstellung, die auch einen breiteren Überblick über NGOs in Bangladesh und Ghana umfasst, zeigt weiter einmal mehr detailreich auf, wie vielgestaltig NGOs sind, dass sie häufig von ausländischen Gebern abhängig werden und ihre Programmatik nach deren Vorgaben ausrichten – wobei neuere Erkenntnisse über globale *epistemic communities* in diesem Bereich nicht aufgenommen sind – ferner, dass die Orientierung an charismatischen Persönlichkeiten Probleme schafft, wenn sich eine Organisation verstetigt und vor der Aufgabe eines Generationenwechsels steht, dass aber andererseits eben die Ausbildung ei-

nes eigenen Apparates selbst Probleme der langfristigen Bestandssicherung gegenüber eventuell nur kurz- oder mittelfristigen Aufgabenstellungen hervorbringt. Andererseits wird auch deutlich, dass es gerade die Flexibilität und wenigstens potenzielle Basisnähe, der informelle Zugang und die Kritikfähigkeit sind, die die Stärken von NGOs ausmachen, in Kuhns Diktion ihren „komparativen Vorteil“ gegenüber Markt und Staat. Kuhn sieht im Verhältnis zwischen Süd-NGOs und ihren Gebern, Nord-NGOs und erst recht staatlichen Stellen die Spannung zwischen „Vertragskultur“ und „Soldaritätskultur“ mit der Tendenz, der Verdrängung der Letzteren durch die Ersteren. Unklar bleibt an dieser entscheidenden Stelle freilich die genaue Beziehung zwischen Erfordernissen der Rechnungsführung und Finanzkontrolle einerseits und ausufernden Anforderungen an das Berichtswesen andererseits wie sie insbesondere von staatlichen Gebern und vor allem der EU ausgehen. Kuhn beschränkt sich darauf, die Folgen zu beschreiben, die u.a. mit der Einschaltung professioneller Antrags- und Berichteschreiber den ehrenamtlichen Zuschnitt der NGOs und ihre Flexibilität untergraben und zusammen mit anderen Komponenten, insbesondere der Verstetigung von Apparaten, dazu führen, sie marktorientierten Unternehmen anzugleichen. Gerade hier fehlen in Kuhns Darstellung entscheidende Gesichtspunkte. Die von ihm häufig berufenen Handlungslogiken rekonstruiert er hauptsächlich aus der Sicht der Organisationen, eventuell der Initiatoren einzelner NGOs, nicht aber etwa aus der Perspektive von Mitarbeitern, ihrer langfristigen Interessen und Verpflichtungen sowie der daraus folgenden Zwänge. Generell erscheint die Darstellung immer wieder abgehoben von der Lebenswirklichkeit derer, die als „Ärmste der Armen“ und

„Marginalisierte“ in dem in gängiger Manier auf Armutsbekämpfung reduzierten Entwicklungsbegriff die zentrale Stelle einnehmen oder eben als Projekt- oder NGO-Angestellte wesentlich zu Erfolg oder Misserfolg beitragen. So lässt sich aus einem Beispiel erschließen, dass Arbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie von Bangladesch, die von einer NGO durch Kindertagesstätten unterstützt werden sollen, auf einen Monatslohn von 20 € kommen, mithin unterhalb der absoluten Armutsgrenze liegen (vgl. 286). Dies nicht zu bemerken, mag als Ausdruck von Betriebsblindheit hingehen, doch wenn in einer der vielen Übersichten, die bei Kuhn die Argumentation oft verdrängen, kommentarlos als Kompetenz ghanaischer Gewerkschaften u.a. „Durchsetzung von Lohnverzicht“ angegeben wird (247), wenn weiter für ein von Kuhn entwickeltes Projekt zur Umschulung aus dem Staatsdienst entlassener Beamter und Angestellter in Ghana der mögliche Verkaufspreis für den Berechtigungsschein zur Umschulung als „kleiner Barbetrag“ bezeichnet wird, ohne zu reflektieren, wie sich diese Summe für die – sehr unterschiedlich gestellten – Betroffenen darstellt (348), so unterstreicht dies die technokratische Perspektive des gesamten Unternehmens. Sie kommt auch in wiederholten Formulierungen zum Ausdruck wie etwa, Begriffe würden „einer Präzisierung zugeführt“ u.ä. (29, 31, 33). Wenn Abschnitte oft mit Empfehlungen für die beschriebenen Organisationen und Projekte enden, so verweist dies auf den Entstehungszusammenhang aus der Gutachter Tätigkeit des Autors, lässt vor dem Hintergrund der angesprochenen Probleme freilich auch einmal mehr über die Oberflächlichkeit mancher Gutachten nachdenken.

Der Informationsgehalt selbst wird entscheidend durch den sehr freihändigen

Umgang mit Belegen erschwert: Eigene Erfahrungen, die hier nachvollziehbar einen großen Raum einnehmen, werden kaum einzeln dokumentiert, oft auch nicht genau datiert. Stattdessen verweist der Autor auf „Gespräche“ im Zeitraum seines jeweiligen Einsatzes. Hinzu kommt über weite Strecken angesichts der Vielzahl der angesprochenen Einzelbeispiele ein eher leitartikelartiger Kommentarstil, der zudem öfters thematisch sprunghaft verfährt. So beruft er sich in einem knappen Absatz zum Beleg der „geringe(n) Erfahrung vieler NROs mit dem sensiblen Thema“ der Genitalverstümmelung von Frauen einzig auf „Gespräche mit einer Gruppe junger UN-Praktikantinnen in Dire-Dawa, Äthiopien im August 2000“ (177). Übergangslos wird dann – wohl um die Problematik der Themenkonjunktur, an der sich NGOs ausrichten, weiter zu illustrieren – auf die Auseinandersetzungen um Kindesmissbrauch in Deutschland eingegangen, wobei die Problematik vorwiegend unter Berufung auf die Interessengruppe www.pappa.com und sympathisierende Medienberichte deutlich heruntergespielt wird (177). An solchen Stellen ebenso wie über weite Strecken der begrifflichen Erörterungen hat man den Eindruck, mit einem – zudem problematischen – ausgekippten Zettelkasten konfrontiert zu sein, gelegentlich auch mit unredigiertem Konzept (z.B. 160). Wenn Kuhn ferner durchgehend „idealtypisch“ im Sinne eines idealen Leitbildes und nicht einer begrifflichen Konstruktion benutzt, fragt man sich einmal mehr, was heute als Sozialwissenschaft durchgeht, denn dem Buch liegt immerhin eine am Otto-Suhr-Institut eingereichte Habilitationsschrift zugrunde. Die Verwechslung von „ökonomisch“ und „ökumenisch“ (224) verweist eher als auf mangelhafte Allgemeinbildung wohl auf Oberflächlichkeit auch im Umgang mit der

Sprache, wozu passt, dass das Buch von Grammatikfehlern wimmelt und mit dem holprigen Leserlebnis einmal mehr Zeugnis davon ablegt, dass allzu viele Bücher in Deutschland sichtlich weder lektoriert noch Korrektur gelesen werden.

So erscheint das Buch vor allem nützlich als Faktensammlung, etwa wenn es um die rechtlichen Rahmenbedingungen für NGOs in Bangladesh oder Ghana oder die Namen der wichtigsten Organisationen nebst einem Kurzprofil geht, allerdings selten für Zeiträume nach 2001, höchstens 2002, denn obwohl das Vorwort auf den 23. Dezember 2004 datiert wurde, hat der Autor offensichtlich auf eine Aktualisierung verzichtet. Das gilt auch für die Literaturaufnahme. Dem selbstgestellten theoretischen Anspruch wird das vorliegende Buch bestenfalls in Ansätzen gerecht.

Reinhart Kößler

Rita Schäfer: *Im Schatten der Apartheid. Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika*. Münster: LIT-Verlag 2005, 480 Seiten

Südafrika gehört, was das Auftreten häuslicher Gewalt anbelangt, weltweit zu den Spitzenreitern. Den Begründungsmustern für diese außergewöhnlich hohe Gewalt-rate geht die Ethnologin *Rita Schäfer* auf den Grund, die bereits zu zahlreichen Frauenrechtsthemen in Afrika publizierte. Sie bedient sich hierbei der historischen Geschlechterforschung und verbindet diese interdisziplinär mit soziologischen, politischen und juristischen Aspekten. Ihre Studie basiert auf einer empirischen Untersuchung, die auf unterschiedliche Forschungsergebnisse südafrikanischer Wissenschaftler zurückgreift. Diese Herangehensweise macht klar, wie zentral die

Berücksichtigung von soziokulturellen und historischen Kontexten und der darin eingebetteten Geschlechterkonstrukte für die Gewaltforschung ist. Das Verständnis von Gender deckt dabei ganz bewusst Maskulinitätskonzepte ab, die in anderen Publikationen oft zu kurz kommen.

Der gewählte Ansatz ermöglicht nicht nur eine historische Analyse, sondern bezieht die aktive Frauenrechtsarbeit im heutigen Südafrika mit ein und zeigt ihre Konzepte und Beratungsansätze auf. So wird deutlich, warum die mangelnde Diskussion kulturspezifischer und historischer Dimensionen heutige Handlungsstrategien und Präventionsansätze der Gewaltbekämpfung hemmen.

Das Buch ist in vier Teile gegliedert. Das erste Kapitel besteht aus einem zeitlichen Längsschnitt, der geschlechterspezifische Gewalt nicht nur bis in die Zeit der Apartheid zurückverfolgt, sondern bereits bei kolonialen Gewaltkontexten ansetzt. Anschließend werden ausführlich unterschiedliche Maskulinitätskonzepte in der südafrikanischen Geschichte vorgestellt.

Im zweiten Kapitel folgt die Darstellung eines breiten Spektrums verschiedener Kontexte und Gruppierungen, in denen es zu Gewalt kommt. Dabei werden städtische und ländliche Räume, private und öffentliche Sphären sowie Gewalt in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sexualität untersucht. Unterschiedliche geschlechtsspezifische Gewaltformen und ihre Folgen für Kinder und Frauen kommen hierbei genauso zur Sprache wie der gesellschaftliche Umgang mit Gewalt, angefangen vom Verschweigen bis hin zur Beschuldigung von Gewaltopfern. Die Verbindungen zwischen Maskulinitätskonzepten und unterschiedlichen Kontexten, Milieus und Gewaltausprägungen werden offensichtlich. Die verschiedenen geschlechtsspezifischen

Gewaltformen, deren Legitimation und die Art, wie staatliche und nichtstaatliche Organisationen mit ihnen umgehen, zeigen, dass Gewalt in Südafrika ein gezieltes Machthandeln und keine triebgesteuerte Aggression darstellt.

Das dritte Kapitel widmet sich den heutigen Frauenrechten. Die wichtigsten Gesetze werden vorgestellt und der Umgang mit ihnen aufgezeigt. Dabei benennt die Autorin auch die Schwierigkeiten, die die Gesellschaft und staatliche Institutionen bei der Umsetzung der neuen Rechtsrealitäten haben. Diese sind u.a. auf die nach Ende der Apartheid ausgebliebenen Reformen von Institutionen wie Polizei und Justiz zurückzuführen. Das Überwinden von Rassismus und Sexismus wird dadurch sichtlich erschwert.

Der Fokus des vierten Kapitels ist auf die Rolle von Frauenrechtsorganisationen gerichtet und erklärt, inwieweit diese zur Reduktion geschlechtsspezifischer Gewalt in der Vergangenheit beitragen und noch heute beitragen. Eine historische Übersicht stellt die verschiedenen Strategien von Frauengruppen dar, ohne aber deren oftmals stereotype Geschlechtervorstellungen zu ignorieren. Hierbei wird auf divergierende politische Ideologien genauso eingegangen wie auf Konflikte zwischen den verschiedenen Organisationen. Letztere beruhen auf unterschiedlicher sozialer Herkunft sowohl von Gewaltopfern als auch von AktivistInnen. Neben dem historischen Rückblick werden auch heutige Gender- und Gewaltkonzepte und die davon beeinflussten Beratungsangebote verschiedener Frauen-Rechtsorganisationen beschrieben. Dabei kommt es zu einem Vergleich zwischen Organisationen, die Rechtsberatung anbieten, und solchen, die juristische Forschung oder politische Lobbyarbeit betreiben. Schnell wird deutlich, dass in Südaf-

rika geschlechtsspezifische Gewalt gerne als ein alle soziale Gruppen überspannendes Problem verallgemeinert wird und somit unterschiedliche soziale Kontexte übersehen werden. Die historische Dimension wird demnach zu wenig analysiert. Anstelle von kritischen Analysen werden rein reaktive Beratungsmodelle forciert.

Nicht nur Frauenrechtsorganisationen stehen bei dieser Untersuchung im Vordergrund. Auch Männergruppen, die von den klassischen Männlichkeitsbildern abweichen, finden Berücksichtigung und werden in Bezug zu Frauengruppen gesetzt.

Die Studie überzeugt durch ihre interdisziplinäre Herangehensweise, die es ermöglicht, Fragen der ethnologischen Rechtsforschung mit Genderaspekten und Gewaltforschung zu verbinden und den facettenreichen Zusammenhängen von Gewalt und Geschlechterkonstruktionen auf den Grund zu gehen. Positiv fällt auf, dass besonderes Augenmerk hierbei der sorgfältigen Aufarbeitung lokaler Maskulinitätskonzepte gilt.

Anhand des zeitlichen Längsschnitts, der bis in die Kolonialzeit zurückreicht, verdeutlicht Rita Schäfer beeindruckend die Bedeutung historischer Analysen. Diese ermöglichen es, die historisch mitbegründete Kontinuität von Gewalt und die damit in Verbindung stehenden unterschiedlichen Gewaltlegitimationen und Machtstrukturen eindrucksvoll nachzuzeichnen. Eine derart detaillierte, historisch-tiefenanalytische Langzeitstudie ist in dieser Ausführlichkeit ein Novum.

Der Autorin gelingt es nicht nur, Gewalt- und Geschlechterkonstruktionen aufzuzeigen, die bis heute die südafrikanische Gesellschaft prägen. Ebenso vermag sie zu verdeutlichen, wie diese Konstrukte sich bis auf heutige Frauenrechtsorganisationen und ihre Strategien, Einflussmöglichkeiten

sowie -grenzen auswirken. Die Analyse weist darauf hin, dass das Gewaltkonzept von gegenwärtigen Frauenrechtsorganisationen zu oberflächlich ist. So werden als Gewaltursachen nach wie vor das Patriarchat und die Diskriminierung während der Apartheid angeprangert, während tiefer liegende historische Aspekte keine Berücksichtigung finden. Es wird jedoch gezeigt, dass gerade diese eine zentrale Bedeutung bei der Entwicklung jeweiliger Genderkonstruktionen haben und für Präventionsansätze wichtig sind.

Nicht zuletzt aufgrund seiner Bandbreite und Fülle an Details kann allen an Frauenrechtsthemen Interessierten die Lektüre dieses Buches nur empfohlen werden.

Constanze Pfeiffer

Sarah Michael: *Undermining Development. The Absence of Power Among Local NGOs in Africa*. Oxford: James Currey/Bloomington & Indianapolis: Indiana UP 2005, 206 Seiten

Die Abhängigkeit, unter der Süd-NGOs fast generell gegenüber ihren Partnern und Geldgebern aus dem Norden leiden, ist mittlerweile geradezu sprichwörtlich. Sarah Michael will auf der Grundlage ihrer in Cambridge geschriebenen Dissertation eine andere Perspektive vermitteln: Es gibt machtvolle NGOS, die in der Lage sind, „selbständig Prioritäten zu setzen und Arbeitspläne festzulegen sowie Einfluss auf andere auszuüben, um die eigenen Ziele zu erreichen“ (1). Solche mächtigen NGOs sieht sie in Organisationen wie dem Bangladesh *Rural Advancement Committee* (BRAC), der indischen *Self-Employed Women's Association* (SEWA), dem *Centro de Estudio y Promoción del Desarrollo* (DESCO) in Peru, dem *Instituto Brasileiro de Análises Sociais e Econômicas* (IBASE)

oder den *Madres de Plaza de Mayo* in Argentinien. Ganz wesentlich ist dabei die finanzielle Unabhängigkeit, die bei BRAC so weit geht, „nicht nur unabhängig von einem Geber oder einer Form der Finanzierung zu sein, sondern sogar von den eigenen Geber-Konsortien“ (27), die lediglich 25% des Gesamtbudgets aufbringen. Daneben stehen die Postulate, dass „mächtige NGOs“ über einen „eigenen Entwicklungsraum“ verfügen (42), feste Verbindungen mit den internationalen Entwicklungsforen unterhalten und schließlich bereit sein sollten, „die politischen Aspekte von Entwicklung aufzunehmen“ (46). Dies wird neben einem „seltenen Talent, den Status quo in Frage zu stellen“ (32), nicht zuletzt durch „Charisma und Kontakte“ des „NGO-Führers“ ermöglicht (32). Die Debatte etwa über die Hypertrophie des NGO-Sektors in Bangladesh kommt in Michaels Elogen über mächtige NGOs ebenso wenig vor wie die von anderer Seite durchaus thematisierte Personalisierung der Führungsrolle in einigen der genannten Organisationen. Dementsprechend bescheiden fällt die Antwort darauf aus, was unter „Entwicklung“, nach der alle Beteiligten ganz selbstverständlich streben, denn eigentlich zu verstehen sei. Irgendwie soll sie in Afrika „den Millionen armer Menschen“ nützen und sich auf ihre „Bedürfnisse“ beziehen (129) – was das heißt und ist, bleibt hier wie in einem Großteil der Literatur im Dunkel.

Michaels empirische Stärke liegt in ihren drei Länderstudien zu Zimbabwe, Tanzania und Senegal, in denen sie jeweils unterschiedliche Gründe identifiziert, aus denen lokale NGOs trotz beachtlicher Leistungen nicht die Strukturen entwickelt haben, mit denen die Autorin Macht identifiziert. Dabei geht sie strikt nach ihrem vorgegebenen Raster vor, das auch zur

Orientierung ihrer umfangreichen Interviewtätigkeit gedient hat – sie tut dies so rigide, dass beispielsweise die einschneidenden gesetzlichen Restriktionen, denen internationale und internationale finanzierte NGOs in Zimbabwe seit Jahren unterliegen, in ihrer Darstellung nicht vorkommen, obwohl sie durchaus darauf verweist, dass auswärtige Beziehungen für die Stärkung der NGOs in diesem Land von großer Bedeutung wären (67). Die zimbabwischen NGOs „stechen“ jedoch „deutlich vom ... Bild der schwachen afrikanischen NGO“ ab. Sie verfügen über gut ausgebildete Vollzeitkräfte und sind breit vernetzt, auch mit Teilen der Ministerialbürokratie. Als ihre zentralen Probleme erscheinen die Konkurrenzsituation gegenüber internationalen NGOs und die damit verknüpften Schwierigkeiten, intern Ressourcen zu generieren und so finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. „Macht“ im von Michael avisierten Sinne wird so nicht erreicht und das Übergewicht des Staates bleibt erhalten.

In Tanzania ist die Situation der NGOs noch immer mit bestimmt durch die Nachwirkungen der Auflösung unterschiedlichster freiwilliger Vereinigungen im Zuge der *ujamaa*-Politik der 1970er und 1980er Jahre. NGOs sind eher klein, agieren lokal oder regional und orientieren sich auf vergleichsweise enge Sektoren mit einem Personal, das weitgehend ehrenamtlich tätig ist oder den Spagat zwischen Universität, Staatsdienst oder Wirtschaft als Überlebensstrategie praktiziert (75). Internationale NGOs bevorzugen die Kooperation mit „Tanzanias zahlreichen *community-based organisations* (CBOs)“ (79) – deren Abgrenzung zu NGOs nicht eingehender erörtert wird, die aber eindeutig als Konkurrenten definiert werden (87). Ihnen gegenüber schreibt Michael NGOs vor allem dann eine Chance zu, wenn sie sich stärker auf „poli-

tische Fragen im Rahmen von Entwicklung“ (89) konzentrieren. Die Beziehungen zum Staatsapparat sind dabei einerseits durch verschiedenartige Kooperation, aber auch durch unabgeschlossene Konflikte insbesondere im Kontext der staatlichen Registrierung von NGOs geprägt.

Die NGOs im Senegal schließlich zeichnen sich durch ihren generalistischen Charakter bei starker lokaler Spezialisierung aus, der weitgehend auf ihre Entstehung als Hilfsorganisationen und die Notwendigkeit der Erschließung von Finanzen angesichts vergleichsweise sehr hoher pro-Kopf-Entwicklungshilfe (97) zurückgeht. Geradezu eine „Schwemme von Gebermitteln“ verschaffte den NGOs eine Position relativer Stärke (105). Das vorwiegend ehrenamtliche Engagement, auf dem die Arbeit senegalesischer NGOs beruht, bewertet Michael hier zwar als Stärke, zugleich aber als Risiko angesichts der – nicht weiter problematisierten – „Standards, die von ihren Gebern eingefordert und von ihren Klienten erhofft werden“ (95). Im Senegal fehlt im Gegensatz zu den beiden anderen Ländern ein starker Bereich von genderbezogenen NGOs, die dort zudem ehestens Netzwerke untereinander aufgebaut haben. Dem steht im Senegal eine starke, mit lokalen NGOs gut verzahnte Dachorganisation gegenüber, die auch Zugang zum Staatsapparat besitzt. Als Restriktion erweisen sich die muslimischen Bruderschaften, die wesentliche Entwicklungsräume besetzt halten, wenn neuerdings auch „islamisch begründete NGOs“ in den Bereichen Jugend und Frauenbildung auftreten (102). Die entscheidenden Gründe dafür, dass auch im Senegal NGOs nicht eigentlich „Macht“ errungen haben, auch wenn sie dem zuweilen nahe kommen, sieht Michael in der mangelhaften Besetzung von Themen, fortdauernder Abhängigkeit

von Gebern sowie zu wenig Verbindungen mit internationalen Agenturen und zu geringem politischem Einfluss.

Daraus ergeben sich Empfehlungen zur Förderung „nachhaltiger NGOs“ (bes. Kap. 7), die sich trotz Forderungen etwa nach internationaler Vernetzung, Unabhängigkeit von Staatsapparaten oder finanzieller Selbständigkeit freilich erstaunlich wenig mit Machtverhältnissen auseinandersetzen, oder viel diskutierte Ansätze zu Gegenmacht wie die Weltsozialforen und die daraus entwickelten regionalen Foren auch nur thematisieren. Nimmt man einen kaum reflektierten Entwicklungsbegriff hinzu (bes. 57), so ergibt sich eine interessante Materialsammlung, die jedoch wenig wirklich Neues enthält und im Einzelnen nicht immer zuverlässig ist, etwa wenn die deutschen politischen Stiftungen als „privat“ bezeichnet werden (59) oder der historische Kontext für die besondere Rolle der nordischen staatlichen Entwicklungsagenturen in Zimbabwe und Tanzania ausgespart bleibt (102).

Reinhart Kößler

Andreas Reckwitz: *Das hybride Subjekt. Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne*. Weilerswist: Verlag Velbrück Wissenschaft 2006, 704 Seiten

Mit ihren Forderungen nach Kreativität und Autonomie haben die Proteste von 1968 entscheidend zu einer Veränderung von Arbeits- und Lebensverhältnissen beigetragen. Luc Boltanski und Ève Chiapello haben in ihrem Buch „Der neue Geist des Kapitalismus“ (Konstanz: UVK Universitätsverlag Konstanz 2003) die dahinter stehende Kritik an Technokratie und Alltag der fordistischen Ära als „Künstlerkritik“ – im Unterschied zur Sozialkritik – be-

zeichnet und als maßgeblich für den „neuen Geist des Kapitalismus“ ausgemacht.

Auch Andreas Reckwitz weist den kulturellen Bewegungen eine besondere Stellung in gesellschaftlichen Transformationsprozessen zu. Ihm geht es aber weniger um den Kapitalismus als um die Kultur der Moderne. In einem Werk, das dem Klotz von Boltanski/ & Chiapello in Umfang und Dichte in nichts nachsteht, entwirft Reckwitz nicht weniger als eine „dekonstruktivistische Kulturtheorie“. Diese, und das ist schon folgerichtiger Ausdruck des theoretischen Ansatzes, beschäftigt sich vor allem mit Subjektformen. Denn Kultur besteht aus sozialen Praktiken, und im Vollzug von Praktiken findet auch die Produktion und Reproduktion von Subjektformen statt. Im Anschluss an die kulturalistischen Sozialtheorien fasst Reckwitz das Subjekt also als sozial-kulturelle Form, als „kontingentes Produkt symbolischer Ordnungen“ (34). Die Veränderung von Subjekten findet auf drei Ebenen statt, auf „drei primären Sphären der Subjektivation“ (72): Arbeit, Intimität und Technologien des Selbst. Zu einer Änderung der Subjektordnung als ganzer kommt es nur, wenn auf allen drei Ebenen gleichzeitig Verschiebungen stattfinden. Dies hat laut Reckwitz im Übergang von der bürgerlichen Moderne zur organisierten Moderne der Angestelltenkultur um die 1920er Jahre stattgefunden und ein weiteres Mal von dieser zur Postmoderne mit ihren Kreativsubjekten seit den 1970er Jahren.

Wie kommt es zu diesem Wandel? Da kommen die kulturellen Bewegungen ins Spiel, die laut Reckwitz neben den humanwissenschaftlichen Diskursen und der materiellen Kultur der Artefakte einer von drei „Orten der primären Bedeutungsproduktion neuer Subjektcodes und -formen“ (89) sind. Anders als bei sozialen geht es bei

kulturellen Bewegungen weniger um Protestbewegungen, die für die Umverteilung von Ressourcen kämpfen. Es geht vielmehr „um den Versuch, der dominanten Kultur widersprechende Sinnmuster, alternative Identitäten und Subjektivitäten auszubilden.“ (72) Von allen kulturellen Bewegungen – dazu gehören ethnische, religiöse und auch politische – seien nun gerade die ästhetischen Bewegungen besonders effektiv gewesen, was die Veränderung der modernen Kultur als ganzer betrifft. Die Bewegungen, die an den genannten Übergängen von bürgerlicher zu organisierter Moderne und dann zur Postmoderne aktiv waren, sind die Romantik, die Avantgarden und schließlich postmoderne Kunst und Gegenkultur.

Die besondere Bedeutung der ästhetischen Bewegungen liegt laut Reckwitz darin, dass sie gerade nicht nur auf die Kunst zielen, sondern versuchen, „dem Subjekt als radikal modernem die Struktur ästhetischer Subjektivität anzutrainieren“ (93). Sie reagieren auf Brüche in der dominanten Subjektkultur und formieren sich als „anti-hegemoniale Bewegungen“. Die ästhetischen Bewegungen hätten aber nicht nur neue Codes entwickelt, sondern auch versucht, diese in die Praxis umzusetzen. Und zwar auf allen drei Ebenen, auf denen es laut Reckwitz um die Herstellung von Subjekten geht (den „Sphären der Subjektivation“): „Praktiken der Arbeit, die zum großen Teil in solche der Kreativproduktion überführt werden, Praktiken der intimen Beziehungen, die sich von der bürgerlichen Familie entfernen, sowie Technologien des Selbst, die offen-siv wahrnehmungs- und erlebnisorientiert sind.“ (94)

Reckwitz begreift die postmodernistische Kunst als Trainingsfeld einer sich in ihrer Folge durchsetzenden neuen Subjektform, dem „kulturrevolutionärem Subjekt“. Im Falle des letzten Übergangs habe

das Training darin bestanden, alle Personen und Gegenstände aus ihrem Verwertungs- und Handlungszusammenhang zu lösen und „als spektakuläre ästhetische Objekte zu behandeln.“ (473) Mit dieser neuen Verwendung sei neuer Sinn gestiftet und vor allem intensiveres Erleben, sprich Vergnügen, hergestellt worden. Die postmoderne Kunst habe also mit ihrem Angriff auf die „Angestelltengesellschaft“ das „konsumtorische Kreativsubjekt der Postmoderne“ (473) vorbereitet. Romantik, Avantgarden und postmoderner Kunst war es auf verschiedene Arten daran gelegen, Kunst und Leben zu versöhnen bzw. die Trennung zwischen beiden aufzuheben. Insofern ist es einerseits plausibel zu betonen, die postmoderne Kunst habe – analog zur poststrukturalistischen Theorie – die Überschreitung der Grenzen des Ästhetischen und des Kulturellen in die „Materialität der Alltagswelt“ (469) betrieben. Andererseits aber erscheint es dennoch problematisch, das gegenwärtige Subjektmodell als die Erfüllung der Träume und Forderungen von 1968, postmodernistischen und gegenkulturellen Bewegungen zu betrachten. Denn auch wenn viele Momente der gegenwärtig dominanten Subjektform dort ihren Ursprung haben, der Neoliberalismus wurde weder von KünstlerInnen erfunden noch durchgesetzt. Indem er die ästhetischen gegenüber den rationalisierenden und disziplinierenden Mechanismen der Moderne hervorhebt, bleibt auch die zweite Hälfte der „ästhetisch-ökonomische(n) Doublette“ (588), wie Reckwitz die aktuelle Subjektform nennt, bei ihm nur schwach beleuchtet. Und auch die Inhalte, die im Zuge der kulturellen Bewegungen formuliert wurden –

antikapitalistische, feministische, antikoloniale, antirassistische etc. –, sind laut Reckwitz sekundär. Denn die Politisierung von Gegenkulturen und postmodernistischen Kunst sei „im Kern eine kulturelle Politisierung“ (471) gewesen. Es sei eigentlich darum gegangen aufzuzeigen, dass scheinbar Festes in Wirklichkeit kontingent und subvertierbar ist.

Zwei wesentliche Punkte unterscheiden Reckwitz' Ansatz von anderen postmodernistischen Beschreibungen gegenwärtiger Subjekte: Zum einen betont er, dass es sich bei dem „konsumtorischen Kreativsubjekt“ nicht um eine von vielen pluralisierten, individualisierten Möglichkeiten handelt, sondern tatsächlich um ein einziges hegemoniales. Und zum anderen sei es als Praxis- und Diskursformation nicht frei flottierend, sondern habe eine präzise bestimmbare Trägergruppe: „die aus den höheren Mittelschichten erwachsende Milieuformation der urbanen *creative class*.“ (449) In dieser Analyse trifft er sich wieder mit Boltanski und Chiapello. Im Gegensatz zu diesen fragt er aber nicht nach der Rolle jener bei der Optimierung kapitalistischer Verwertungsbedingungen. Die Mechanismen der Durchsetzung eines Subjektmodells interessieren Reckwitz weniger als seine Beschaffenheit. Hierin ist sein Buch wegweisend und nicht zuletzt aufgrund der Systematik und Informiertheit eine beeindruckende Studie. Obwohl sie auch mit dem Hinweis auf die aus dem Lateinischen abgeleitete Doppelbedeutung des Subjektbegriffes beginnt – *subicere*: unterwerfen, sich unterwerfen –, widmet Reckwitz Macht und gesellschaftlichen Kämpfen keine große Aufmerksamkeit.

Jens Kastner

Helma Lutz: *Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung*. Opladen: Verlag Barbara Budrich 2006, 230 Seiten

Erst allmählich rückt es in das Bewusstsein und die Feuilletons der Zeitungen, dass Migrantinnen in Deutschland keineswegs irgendjemand Arbeit wegnehmen, sondern ohne sie mittlerweile fast niemand mehr auskommt, weil sie unersetzlich in den privaten Haushalten Pflege-, Betreuungs- und Hausarbeit verrichten. Umso aktueller sind daher zwei Publikationen, die dieses Thema aufgreifen. Während Maria S. Rerrich Geschichten von „Cosmobilen Putzfrauen“ in journalistisch recherchierter und anschaulich erzählter Weise präsentiert¹, legt Helma Lutz eine erste systematische, qualitative Studie über dieses Phänomen in Deutschland vor, dessen Erforschung durch die dreifache Illegalisierung erschwert ist. Niemand weiß genau wie viele Haushaltsarbeiterinnen ohne Arbeitsvertrag, ohne Arbeitserlaubnis und vielfach ebenfalls ohne Aufenthaltserlaubnis in deutschen Haushalten arbeiten. Gestützt auf ExpertInneninterviews, qualitative Interviews mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeberinnen in Münster, Berlin und Hamburg und teilnehmenden Beobachtungen in einem der Haushalte zeichnet sie ein umfassendes Bild des Phänomens der globalisierten Haushaltsarbeit als Teil des bundesrepublikanischen Gender-, Wohlfahrts- und Migrationsregimes. Die Umverteilung der Hausarbeit im Zeitalter neuer Geschlechterrollen bleibt mit Hilfe der Migrantinnen in der tradierten Geschlechterlogik und selbst die von den Migrantinnen im Herkunftsland zurückgelassene Lücke wird nicht von den Ehemännern, sondern ande-

ren weiblichen Familienangehörigen oder bezahlten Hilfen geschlossen.

Trotz der Illegalität der Arbeitsverhältnisse und der Privatheit des Arbeitsplatzes gelingt es Lutz, weitreichende Erkenntnisse über die komplexen Beziehungen zwischen Arbeitgeberinnen und Arbeitnehmerinnen und die Topographie des Arbeitsplatzes Haushalt mit seiner Verschränkung von technischen, Identitäts- und Beziehungsaspekten zu gewinnen. Die Arbeitnehmerinnen erscheinen dabei trotz ihres prekären Status keineswegs nur als Opfer der Ausbeutung. Im Gegenteil, einige verstehen ihre Migrationsgeschichte durchaus als Erfolgsgeschichte und sich selbst als AnbieterInnen professioneller Dienstleistungen.

Eine wesentliche Voraussetzung für „Erfolg“ sind dabei unterschiedliche Netzwerke auch von Arbeitgeberinnen, ohne die das Leben in der Illegalität ohne Gesundheitsfürsorge oder z.B. das Recht eine Wohnung zu mieten etc. gar nicht möglich wäre. Insofern plädiert Lutz am Ende auch für eine Regularisierung und Entkriminalisierung der Hausarbeit in der Schattenwirtschaft sowie für Rechte für illegalisierte Migrantinnen auf Gesundheit, Bildung, Bewegungsfreiheit und Anerkennung ihrer Arbeit.

Insgesamt stellt das Buch eine spannende Vertiefung mit vielen empirischen Einblicken in den Arbeitsalltag der Migrantinnen und eine Fortsetzung der Debatte um einen neuen Weltmarkt für Arbeitskräfte² dar.

Heide Mertens

Anmerkungen

- 1 Maria S. Rerrich: Die ganze Welt zu Hause. Cosmobile Putzfrauen in privaten Haushalten. Hamburg: Hamburger Edition 2006.
- 2 vgl. *PERIPHERIE*, Nr.97/98: Weltmarkt für Arbeitskräfte. Münster 2005.

Alexander Brand & Nicolaus von der Goltz (Hg.): *Herausforderung Entwicklung. Neuere Beiträge zur theoretischen und praxisorientierten Entwicklungsforschung*. Münster: LIT Verlag 2004, 177 Seiten

Wie kann Entwicklung und Unterentwicklung heute angemessen theoretisch beschrieben werden? Welchen explanatorischen Beitrag liefern die theoretischen Modelle aus den Bereichen Internationale Beziehungen, vergleichende Kulturtheorie und Entwicklungsökonomie? Welche neuen Aussichten auf Entwicklung entstehen im Kontext des „Washington Consensus“ oder des „Krieges gegen den Terror“? Diese und andere Fragen stehen im Mittelpunkt des Sammelbandes „Herausforderung Entwicklung“, und beim Lesen wird klar, dass sich dieser Titel den Herausgebern *Alexander Brand* und *Nicolaus von der Goltz*, beides junge Politikwissenschaftler an der TU Dresden, angesichts der Fülle und Vielfalt an offenen Fragen, mit der die Entwicklungsforschung heute – möglicherweise stärker als je zuvor konfrontiert ist, beinahe mit einer gewissen Notwendigkeit aufgedrängt haben mag. Was ist das besondere an diesem Buch? Sein spezifischer Beitrag besteht darin, dass sich die Herausgeber selbst der Herausforderung stellen, indem sie beides, neuere theoretische Ansätze als auch Entwicklungen auf dem Feld der politischen Praxis, die sich ja häufig genug im Schatten der großen akademischen Debatten vollziehen, konsequent nebeneinander stellen. Somit dient das Buch nicht nur als facettenreiche Einführung in ein Politikfeld, sondern regt auch dazu an, Theorie und Praxis über wechselseitige Blicke aneinander abzugleichen.

Der erste Teil des Buches begreift die thematischen Vorgaben des Titels als Aufforderung, sich dem Phänomen Entwicklung aus unterschiedlichen theoretischen Richtungen, d.h. anhand unterschiedlicher Paradigmen zu nähern. Er beginnt mit einem Beitrag von *Alexander Brand*, der einen Rückblick auf die Debatte über das „Scheitern der großen Theorie“ zu einer äußerst produktiven Auseinandersetzung zum Thema „Quo vadis Entwicklungstheorie?“ benutzt. Sein Fazit: Theorien scheitern v.a. an den Ansprüchen, die an sie herangetragen werden. Wenn man sich zunächst einmal realistisch darüber verständigt, was Theorien im Bereich Entwicklung leisten können und sollen, wird später auch deutlich, dass der viel zitierte Zerfall der „Dritten Welt“ auf der globalen Ebene eben nicht das Ende, sondern vielmehr den überfälligen Neubeginn der theoretisch angeleiteten Auseinandersetzung mit Entwicklungsstrategien zu markieren hat. *Cristóbal Rovira Kaltwasser* argumentiert, dass die *Dependencia*-Theorie keineswegs auf dem Friedhof gescheiterter Entwicklungsstrategien zu begraben sei, sondern v.a. für Lateinamerika eine aussichtsreiche Perspektive bietet, sich mit Struktur und Folgen des Globalisierungsprozesses auseinander zu setzen.

Da der darauffolgende Beitrag von *Lempp* und *Robel* ebenfalls Lateinamerika gewidmet ist, bietet sich hier die Möglichkeit, den Ertrag verschiedener Ansätze miteinander zu vergleichen. Im Gegensatz zum weltmarktzentrierten *Dependencia*-Modell versuchen die Autoren, den lateinamerikanischen Entwicklungsprozess durch die Anwendung einer modifizierten Variante der Theorie hegemonialer Stabilität und mithin unter Rekurs auf die Machtwirkungen des internationalen Staatensystems im Allgemeinen und des

Hegemonialstaats USA im Besonderen zu erklären. Die direkte Konfrontation mit ökonomisch angeleiteten Theorieansätzen wird leider nicht in dem Maße ausbuchstabiert, das es der LeserIn erlaubt, den Mehrwert der Hegemonietheorie vergleichend zu würdigen. Dass es jenseits von Weltmarkt und „high politics“ noch weitere Erklärungsfaktoren gibt, die Licht ins Dunkel unterschiedlicher Entwicklungsverläufe bringen, zeigt *Wienges'* Beitrag zu „Individualismus, Asiatische[n] Werte[n] und Asienkrise“, der sich mit dem Einfluss *kultureller Prägungen* (Kollektivismus) in verschiedenen Entwicklungsphasen auseinandersetzt.

Als ebenso vielfältig erweist sich der der entwicklungspolitischen Praxis gewidmete Teil. So untersucht *von der Goltz* die „Entwicklungscompatibilität“ der politischen Folgen des 11. September 2001, und *Schulte* zeigt im anschließenden Beitrag, mit welchen Mitteln sich insbesondere die deutsche EZ krisenpräventiven Aufgaben stellt. *Schöneborn* analysiert die Folgen der Kommerzialisierung des Mikrofinanzsektors und *Roloff* die Möglichkeiten der Einbeziehung der Privatwirtschaft in den Entwicklungsprozess über das Instrument des *United Nations Global Compact*.

Man muss es den Herausgebern hoch anrechnen, mit der Wahl der Aufsätze in jedem einzelnen Falle den entwicklungspolitischen Nerv der Zeit getroffen zu haben. Dies gilt sowohl für die Beiträge, die sich als Interventionen in sehr aktuelle Debatten (wie die amerikanische Hegemoniedebatte, vgl. Masala 2004, und die Diskussion über „Asian Values“ und den „Konfuzianischen Kapitalismus“, vgl. Lee 1995) verstehen, als auch für die Bemühungen, der entwicklungstheoretischen Diskussion durch das Anzapfen vermeintlich obsoletter Diskurse („große Theorie“

und „Dependencia“) neues Leben einzuhauchen. V.a. Kaltwassers Thesen zur Aktualität des *Dependencia*-Ansatzes machen vor dem Hintergrund der Globalisierungsdebatte darauf aufmerksam, dass das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden muss. Denn die Tendenzen zu regionaler Blockbildung sowie zu einer bloß selektiven Handelsliberalisierung scheinen die ältere *Dependencia*-These der ungleichheitsreproduzierenden Effekte der Weltmarktintegration zu belegen. Aber gerade die Vielfalt der theoretischen Zugänge zur Erklärung von Entwicklungsprozessen legt auch eine Schwäche auf der Ebene der Einzelbeiträge offen: Die Konfrontation der verschiedenen Faktoren („Weltmarkt“ vs. „Staatsystem“ vs. „Kultur“) fällt hier m.E. zu schwach aus. Eine Ausnahme bildet der Aufsatz von *Brand*, der bereits von der Anlage her mögliche Engführungen meidet und geschickt sowohl ältere als auch neuere Paradigmen gegeneinander ausspielt. Ähnliche Perspektivenwechsel wären auch für *Wienges'* Beitrag von Vorteil gewesen: In der von *Hofstede* übernommenen Leithypothese über die wechselseitige Bedingtheit von Individualismus und Kapitalismus (S. 68) etwa wird die Betrachtung kultureller Dynamiken auch aus der Sicht der Logik der Ökonomie zwar angekündigt, später aber nicht ausgeführt.

Auch die praxisorientierten Beiträge zeichnen sich durch ihre hohe Aktualität aus. Man mag das bedauern, aber faktisch sind Entwicklung und Entwicklungspolitik vor dem Hintergrund des „Washington Consensus“ ohne die Rolle der Privatwirtschaft nicht mehr denkbar. Den Beiträgen zu Kommerzialisierungstendenzen im Mikrofinanzsektor und zu Funktionsweise und Reichweite des *Global Compact* kommt das Verdienst zu, mit sehr differenzierten Analysen von zwei in dieser Hinsicht zen-

tralen Instrumenten zu dieser Diskussion beigetragen zu haben. Als besonders überzeugend empfand ich von *der Goltz'* Analyse von Strategien zur Einbindung der Entwicklungspolitik in den Krieg gegen den Terror und deren Folgen. Bedarfsorientierte Kriterien zur Mittelvergabe, so sein kritisches Fazit, haben angesichts der Dominanz des geostrategischen Ansatzes auf Seiten der USA an Boden verloren (S. 112).

Wie immer bei praxisorientierten Beiträgen wird das eher wissenschaftlich interessierte Publikum an manchen Stellen (möglicherweise in den Texten von *Schulte* und *Roloff*) die systematisch-kritische Reflexion vermissen. Als Inspirationsquelle für weiteres Nachdenken dienen sie durch die kenntnisreiche und minutiöse Schilderung politischer Praxis jedoch allemal.

Literatur

- Lee, Eun-Jeung (1995): „Singapur: Ein konfuzianischer Kapitalismus?“. In: *PROKLA*, Jg. 25, Nr. 4, S. 521-540
- Masala, Carlo (2004): „Gütiger Imperator. Hegemonialmacht oder Imperium: Die amerikanische Empire-Debatte“. In: *Internationale Politik*, Jg. 59, Nr. 10, S. 63-68

Marian Burchardt

Alcinda Honwana & Filip de Boeck (Hg.): *Makers and Breakers. Children and Youth in Postcolonial Africa*. Oxford: James Currey 2005, 244 Seiten

Die Lebenswelten und Perspektiven von Kindern und Jugendlichen erhalten seit ein bis zwei Dekaden zunehmende Aufmerksamkeit von den Kulturwissenschaften, da erkannt wurde, dass diese soziale Gruppe im Zentrum der Transformationsprozesse postkolonialer Gesellschaften steht. Insbesondere in Bezug auf den afrikanischen

Kontinent ist dabei auffällig, dass die jungen Generationen hier häufig entweder als Opfer von bewaffneten Auseinandersetzungen, der HIV/Aids-Pandemie oder politischem Ausschluss beschrieben werden oder aber als zerstörerische Kräfte, die unweigerlich aktiver Teil von Krisen und Konflikte werden. Der von *Alcinda Honwana & Filip de Boeck* edierte Sammelband „Makers & Breakers. Children and Youth in Postcolonial Africa“ unternimmt den Versuch, diese Opfer-Täter-Dichotomie aufzugreifen und Kinder und Jugendliche im dynamischen Wechselspiel zwischen diesen beiden Polen zu erfassen. Die zehn Beiträge in dem Sammelband nehmen dabei eine aktorsorientierte Perspektive ein und zeigen die Heterogenität der jungen Generation Afrikas auf, der es gelingt, sich trotz der Unbestimmtheit ihrer Position in gesellschaftlichen Transformationsprozessen einen eigenen expressiven Raum zu kreieren. In den vier Teilen des Buches, die so unterschiedliche Themenbereiche wie Performativität und Ästhetik, Generationenbeziehungen, Erfahrungen in bewaffneten Konflikten oder Jugend-Straßenkulturen abhandeln, treten Kinder und Jugendliche gleichermaßen als *modus operandum* und als *modus operandi* (de Boeck, 190) von Krise und Erneuerung auf.

In ihrer Einleitung (1-18) erläutern de Boeck & Honwana das Konzept des Sammelbandes, Kinder und Jugendliche gleichermaßen als selbst bestimmte Erneuerer und als potenzielle Zerstörer afrikanischer Gesellschaften zu erfassen. Sie präsentieren damit ihr Anliegen, die Lebenswelten der jungen Menschen innerhalb der Parameter ihrer eigenen Referenzkulturen zu erfassen und diese der allgemeinen gesellschaftlichen Wahrnehmung, die häufig zwischen Verklärung und Verteufelung wechselt, entgegenzustellen.

Der Beitrag von *Jean und John Comaroff* (19-30) erschien in französischer Fassung schon im Jahre 2000 in einer Sonderausgabe der Zeitschrift *Politique Africaine*. Sie erläutern darin die Herausbildung der Kategorie 'Jugend' als ein Produkt der Moderne und erinnern daran, dass die heutigen Lebenswelten von afrikanischen Jugendlichen deutlich von den Folgen des neoliberalen Kapitalismus gekennzeichnet sind und dass sie gleichzeitig in Verbindung zu einer translokalen globalen Jugendkultur gedeutet werden müssen, die sich mit vergleichbaren Rahmenbedingungen, Ideologien und Ikonographien auseinander zu setzen hat.

Im anschließenden Beitrag (31-52) wird das Programm des Buches, die Opfer- und die Täterdimension von jungen Menschen zu betrachten, von *Alcinda Honwana* auf die Erfahrungen von Kindersoldaten in Angola und Mozambique übertragen. Die erschütternden Eigendarstellungen dieser Kinder liefern Einblicke in Alltagskulturen der Angst und der Gewalt, und sie zeigen gleichzeitig ihre Fähigkeiten, in einem zwicklichten Übergangsraum zu agieren, wo sie ihre Identitäten als unschuldige Kinder und als mordende Soldaten ausbalancieren müssen. In Anlehnung an die Ansätze von de Certeau analysiert Honwana die 'tactical agency' dieser jungen Menschen, die sich angesichts des Zusammenbruchs gesellschaftlich legitimer Sozialisationsinstanzen ihre eigene sinnhafte Umwelt kreieren, in der sie die alltäglichen Ambivalenzen zwischen Spiel und Trug, zwischen Vertrauen und Verrat erproben können.

Ähnliche Handlungspotenziale junger Menschen werden im anschließenden Artikel von *Mats Utas* (53-80) deutlich, in dem er über die Erfahrungen junger Frauen im Bürgerkrieg Liberias berichtet. Wie schon Honwana stellt auch er die Wieder-

gabe direkter Beschreibungen ins Zentrum seines Beitrages, und macht mit diesem Mittel unmissverständlich klar, dass diese Frauen weder als Opfer noch als Täter klassifiziert werden können, sondern dazu verdammt sind, immer wieder neue strategische Allianzen mit den 'Big Men' des Kriegsgebietes einzugehen, um ihr eigenes Leben und das ihrer Lieben zu schützen.

Die beiden nächsten Beiträge befassen sich beide mit der kulturellen Konstruktion und dem subjektiven Erleben von körperlichem Schmerz und Leiden. *Pamela Reynolds* (81-101) exemplifiziert dieses Thema an Kindern, die sich mit politischen und sozialen Konflikten in Südafrika und Simbabwe auseinander zu setzen haben. Mit ihrer Darstellung plädiert Reynolds für eine stärkere Berücksichtigung der kulturellen Determiniertheit von Schmerzempfinden bei Therapie und Heilung, insbesondere im Umgang mit Kindern. Für die im Beitrag von *Brad Weiss* (102-120) beschriebenen jungen Männer, die in den Frisörläden im tansanischen Arusha ihre Zeit zwischen Arbeit und öffentlicher Begegnung verbringen, beinhaltet Schmerz den körperlich empfundenen Ausdruck von Marginalisierung und Ungleichheit. Indem er die Brücke zu den Botschaften der in Tansania populären Rap-Musik schlägt, zeigt Weiss, dass sich die Jugendlichen zwar dem kollektiven Schmerz unterwerfen, von globalen Konsumkulturen ausgeschlossen zu sein, gleichzeitig erleben sie jedoch die gemeinschaftliche Verbundenheit einer globalen Jugendkultur und der Schmerz des Ausschlusses wird damit zu einem Instrument translokaler Zugehörigkeit.

Sowohl *Nicolas Argenti* als auch *Deborah Durham* stellen performative und spielerische Aspekte der Alltagswelten von Kindern und Jugendlichen in das Zentrum ihrer Darstellungen. Argenti (121-149) berichtet

von Maskentänzen im Kameruner Grasland, die zum Teil durch die nationalen Eliten verboten wurden. Während sich die weiblichen Maskentänzerinnen die materielle Kultur und die körperlichen Performanzen von Maskulinität aneignen, arbeiten die männlichen Performer mit der materiellen Kultur der nationalen Parteienpolitik. Somit verkörpern beide in ihren Darstellungen externe Formen der Macht, des Wissens und des Andersseins und es gelingt ihnen, elitäre Diskurse über 'Tradition' und 'Autorität' zu unterwandern und gesellschaftliche Ordnungen zu hinterfragen.

Die ambivalente Wahrnehmung junger Menschen innerhalb der Gesellschaft wird im folgenden Beitrag (150-171) am Beispiel des weit verbreiteten Phänomens von sozial und kulturell engagierten Jugendorganisationen dargestellt. *Deborah Durham* zeigt, wie diese im Falle der Herero in Botswana in ihren Liedern und anderen Aktivitäten sowohl soziale Erneuerung als auch ethnisches Revival propagieren und damit auf spielerische Weise eine Neuordnung der lokalen Kräfteverhältnisse zwischen Gemeinde und Staat erproben. Indem die älteren Generationen die Tätigkeiten der Jugendlichen als 'nur Spiel' abwerten, verteidigen sie ihre eigene Position gegenüber der subtilen Bedrohung durch die jüngeren.

Die Bedeutung einer eigenen Jugendkultur innerhalb postkolonialer afrikanischer Staaten wird auch im Beitrag von *Ibrahim Abdullah* (172-187) mehr als deutlich, da er deren historische Herausbildung und Veränderung im Kontext kolonialer und postkolonialer Machtstrukturen Sierra Leones nachzeichnet. Am Freizeitverhalten von Jugendlichen, die unterschiedlichen und mitunter opponierenden sozialen Klassen angehören, illustriert er, wie unter politischem Druck neue imaginäre Jugendgemeinschaften entstehen, deren Hang zu

Gewalt als kollektive Antwort auf den sozialen und politischen Ausschluss gedeutet werden muss.

Filip de Boeck (188-214) befasst sich mit Hexereiaklagen gegenüber Kindern in Kinshasa, ein Phänomen, das in der vergangenen Dekade im Rahmen der anhaltenden gesellschaftlichen Krise im Kongo deutlich zugenommen hat. Auf eindringliche Weise beschreibt er die Kraft urbaner Imagination, die Kinderhexen auf die unwirtliche Schwelle zwischen Sichtbarem und Unsichtbarem, zwischen Realität und ihrem schattenhaften Gegenüber verweist. De Boeck analysiert das Phänomen zum einen vor dem Hintergrund der Eroberung des öffentlichen Raums durch religiöse Fundamentalismen und zum anderen in Anlehnung an gegenwärtige Transformationen im Bereich der Verwandtschaftsordnung und kulturell legitimierter Austauschbeziehungen. Seiner Analyse zufolge wurden die Verbindungsglieder zwischen dem Imaginären, dem Symbolischen und dem Realen durch die rezente Krise geschwächt. Die Kinderhexen stehen am Scheideweg zwischen Macht und Sexualität und verkörpern die Invasion der Welt der Lebenden durch die Welt der Toten.

Tshikala Biaya (215-228) kritisiert die allgemein begrenzte Wahrnehmung und die Unterschätzung von Jugendlichen, die er als eine 'geopferte Generation' (222) postkolonialer afrikanischer Staaten ansieht. Anhand der Unterschiedlichkeit von Jugend-Straßenkulturen in Addis Abeba, Kinshasa und Dakar verweist er auf die kreativen Potenziale junger Menschen, die mit dem postkolonialen Establishment brechen und in den Straßen eine Kultur territorialer Kontrolle und der Illegalität etabliert haben, die an die lokalen Parameter der Macht anknüpft.

Ich stimme *Mamadou Diouf* zu, der in seinem Nachwort (229-234) herausstellt,

dass die jungen Generationen im Zentrum von gesellschaftlichen Umbruchsphasen stehen und daher bedeutende Aufgaben der sozialen Erneuerung übernehmen. Das Buch stellt eine enorme Bereicherung für die ethnologische Forschung dar, da jeder Einzelbeitrag eine hohe Expertise in Bezug auf die jeweilige Lokalität und die theoretische Herangehensweise an Kinder und Jugendliche mitbringt. Besonders interessant ist dabei, dass die dichten und sehr gut recherchierten Analysen sich keinesfalls ausschließlich auf die jüngeren Generationen beziehen, sondern dass es ihnen gelingt, sie in Bezug bzw. in der Auseinandersetzung zur Gesamtgesellschaft und den aktuellen Rahmenbedingungen zu präsentieren. Letzten Endes macht dieser anspruchsvolle Band deutlich, dass junge Menschen eine Schlüsselgeneration für ein Verstehen des postkolonialen Afrika darstellen, und daher empfehle ich seine Lektüre nicht nur jenen, die sich für die Ethnologie von Kindheiten und Jugend bzw. Generationenbeziehungen interessieren, sondern auch einem weiteren Leserkreis, der auf der Suche nach neuen Sichtweisen auf das moderne Afrika und postkoloniale Transformationsprozesse im Allgemeinen ist.

Heike Drotbohm

Andreas Wimmer, Richard J. Goldstone, Donald L. Horowitz, Ulrike Joras & Conrad Schetter (Hg.): *Facing Ethnic Conflicts. Toward a New Realism*. Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers 2004, 384 Seiten

Die Literatur zu ethnischen Konflikten und/oder Ethnizität wird allmählich unüberschaubar. Dies gilt nicht nur für die reine Quantität, sondern auch für die Heterogenität der angebotenen Inhalte, die – angefangen bei begrifflichen Fragen – von un-

terschiedlichsten Ursacheanalysen bzw. Begründungen bis hin zu verschiedensten Handlungs- und Bearbeitungsvorschlägen reicht oder sich in reinen Bedrohungsszenarien erschöpft. Dass auch die Qualität dieser Literatur große Unterschiede aufweist, muss nicht extra betont werden. In solch einer Situation ist ein Buch wie *Facing Ethnic Conflicts*, das versucht, den seriösen Teil dieser überaus heterogenen Debatte zusammenzuführen, eigentlich überfällig.

Der Band geht von einem doppelten Befund aus: Einerseits wird konstatiert, dass ethnonationalistisch motivierte Konflikte während der vergangenen Jahrzehnte zur dominanten Form von Massengewalt avanciert sind, wobei eine Vielzahl der heutigen Bürgerkriege in der Peripherie im Namen von ethnonationaler Autonomie oder Unabhängigkeit geführt werden. Andererseits wird darauf verwiesen, dass diese Konflikte besonders nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation zunehmend in das Blickfeld von Internationalen Organisationen, nationalen Regierungen, Wissenschaft, und Öffentlichkeit bzw. Medien gerückt sind. Hier werden sie vor allem als Probleme der globalen Sicherheit und einer globalen Ethik thematisiert. Ethnische Konflikte werden demnach zu einem Testfeld dafür, ob und wie weltweit eine neue Moral zur Sicherung von Frieden, Stabilität und Menschenrechten herbeigeführt werden kann. Ethnonationalismus wird hiernach in manchen Interpretationen zur Gretchenfrage dafür, inwieweit sich das westlich-liberale Gesellschaftsmodell, das auf dem Prinzip der Gleichheit und dem Respekt für kulturelle Differenz basiert, erfolgreich global ausdehnen kann.

Ziel des Buches ist es, verschiedene wissenschaftliche Forschungsergebnisse sowie Perspektiven aus Diplomatie, Regierungsberatung und NGOs zum Verständ-

nis und zu potentiellen Bearbeitungsmöglichkeiten von ethnonationalistischen Konfliktformationen zusammenzubringen. In diesem Kontext werden auch verschiedene Möglichkeiten diskutiert, wie ethnonationalistische Konflikte von externen Akteuren beeinflusst bzw. kanalisiert werden können, wobei sich das besondere Augenmerk auf den Aufbau von institutionalisierten Arrangements zur Verhinderung von Konflikteskalationen richtet.

In seinem Einleitungsbeitrag unterscheidet *Andreas Wimmer* zwischen vier verschiedenen Strängen der Debatte zum Themenkomplex „Ethnische Konflikte“. Diese Stränge entfalten sich demnach in jeweils eigenen und von einander unabhängigen institutionalisierten Kontexten und entwickeln unterschiedliche, diesen jeweiligen Kontexten entsprechende, diskursive Praxen:

1. eine öffentliche oder populäre Sichtweise, die sich primär in den seriösen Medien wie z.B. qualifizierten Tageszeitungen aber auch außenpolitischen Journalen, widerspiegelt
2. eine politische Sichtweise, die sich im wesentlichen in den Diskursen nationaler und transnationaler politischer Eliten niederschlägt (Nationale Regierungen, Internationale Organisationen, NGOs)
3. eine neuere Forschungsperspektive die eng mit diesem politischen Diskurs verwoben ist und hauptsächlich in *Think Tanks* und *Consulting-Firmen* verwurzelt ist
4. eine bereits viel ältere akademische Forschungstradition, die stärker in den traditionellen Wissenschaftsinstitutionen verhaftet ist.

Trotz partieller Berührungspunkte wird zwischen diesen Diskussionssträngen ein deutliches Kommunikationsdefizit festge-

stellt und bemängelt. Das Ziel der HerausgeberInnen ist es, erstmals diese unterschiedlichsten Sichtweisen in einem einzigen Band zu versammeln. In diesem Sinne repräsentiert der Band Beiträge aus drei dieser vier Diskussionszusammenhänge (‘alte’ und ‘neue’ Forschungsperspektiven sowie vielfältige Sichtweisen aus der so genannten ‘praktischen Politik’). Der Band versteht sich also einerseits als ein Beitrag im Sinne von *the state of the art*, geht aber andererseits darüber hinaus, indem er zu einer Aufweichung des festgestellten Kommunikationsdefizits beitragen und somit den Weg für neue Perspektiven öffnen möchte.

Der Aufbau des Bandes sowie die Auswahl der beteiligten VerfasserInnen entsprechen diesem Ziel. Unter den AutorInnen finden sich sowohl VertreterInnen der verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen als auch VertreterInnen aus unterschiedlichen Feldern der ‘politischen Praxis’. Die verbindenden Fragestellungen der Beiträge konzentrieren sich auf Konfliktursachen bzw. -gründe, Möglichkeiten der Gewaltprävention, Fragen der Intervention und Möglichkeiten der institutionalisierten Bearbeitung ethnischer Konfliktformationen. Diesem Fragenkanon gemäß wird der Band durch drei Hauptkapitel strukturiert (*Understanding Ethnic Conflicts; The Politics of Intervention; Institutional Reforms*).

Das Nebeneinander der verschiedensten Sichtweisen macht dann in der Tat den Reiz dieses Buches aus. Dies wird gleich in den ersten drei Beiträgen deutlich, die sich mit den Gründen wachsender politischer Bedeutung von Ethnizität befassen. Hier werden eine eher positivistische Interpretation (*Walker Connor*), eine stärker konstruktivistische Argumentation (*Rogers Brubaker*) und eine mehr politökonomisch-

kritische Darstellung (*Chris Bakwesegha*) zusammengebracht und somit indirekt in eine Diskussion verwickelt. Eine solch pointierte Konfrontation dieser verschiedenen Positionen in einem einzigen Buch findet sich sonst selten. Vergleichbare Sammelbände bleiben in der Regel stärker einer Argumentationsrichtung verhaftet. Dieses Prinzip setzt sich auch in den weiteren Kapiteln fort, so dass der/die LeserIn – neben einer Fülle von Detailinformationen aus den einzelnen Diskussionszusammenhängen bzw. regionalen Kontexten – gerade aus der Gegenüberstellung verschiedener Perspektiven eine Menge Anregungen gewinnen kann.

In diesem Zusammenhang verdienen die beiden abschließenden Beiträge, in denen Thesen zum Stand der Diskussion sowie Vorschläge zum pragmatischen Umgang mit dem Phänomen vorgestellt werden, besondere Aufmerksamkeit. *Ulrike Joras* und *Conrad Schetter* kommen zu dem Schluss, dass in der Frage, wie ethnische Konflikte zu erklären bzw. zu verstehen und zu bearbeiten sind, die Trennlinie weniger zwischen der ‘Wissenschaft’ und der ‘praktischen Politik’ als vielmehr zwischen unterschiedlichen Denkschulen verläuft, von denen in dem Beitrag drei unterschieden werden. Die erste dieser Schulen arbeitet mit zwei Unterstellungen bzw. Behauptungen: 1. Ethnien sind naturgegebene und unveränderbar statische Kategorien, die zudem neben einer genetischen zumeist auch eine territoriale Verortung zulassen. 2. Das Zusammenleben auf diese Weise identifizierter Ethnien ist zumindest latent immer konfliktthaft.

Eine zweite Denktradition teilt mit der ersten zwar den Befund, dass ethnische Konflikte eine besondere Qualität aufweisen, geht aber davon aus, dass Ethnie keine natürliche Kategorie, sondern eine vom

jeweiligen historisch-politischen Kontext abhängige soziale Konstruktion darstellt (vgl. auch den Beitrag von *Brubaker*).

In der dritten Variante wird der Terminus ‘ethnische Konflikte’ im Wesentlichen als ein Synonym für vielfältige Gewaltphänomene wie z.B. Bürgerkrieg genutzt.

Die aufgeworfene Frage, ob diese unterschiedlichen Verständnisse von und Sichtweisen auf Ethnizität auch zu verschiedenen Strategien der Konfliktbearbeitung führen, wird weitgehend offengelassen. Dies gilt auch für die weitergehende Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Dies ist insbesondere auch deshalb schade, weil man bei der Lektüre den Eindruck gewinnt, dass *Joras & Schetter* hierzu einiges Spannendes zu sagen hätten. Interessant wäre es schon, im Kontext von Ethnizität die Rolle von Wissenschaft in ihrer Funktion als Sinn- und Deutungsproduzent zu hinterfragen. Denn wie die VerfasserInnen selbst feststellen, ist es nicht folgenlos, welche Sichtweise sich als besonders wirkungs- und deutungsmächtig erweist. Dies ließe sich an dem ersten Konzept, das Ethnie als naturgegebene, statische und unveränderbare Kategorie versteht und in dieser Form der Identitätsbildung einen wesentlichen Kitt von Gesellschaft sieht, demonstrieren. Es sprechen eine Reihe von Indizien dafür, dass eine solche Sichtweise in Politik und wissenschaftlicher Politikberatung aktuell eine dominante Rolle einnimmt. Diese Position scheint insofern sehr politikwirksam zu sein, als dass sie sich z.B. in der Implementierung von Übergangsadministrationen in Postinterventionsgesellschaften (z.B. *Balkan, Irak*) widerspiegelt. D.h., dass die verschiedensten externen Kräfte (UNO, NATO, nationale Regierungen, Regierungskoalitionen) nach einer militärischen Intervention bei ihren Strategien zu Aufbau und Stabilisierung neuer Staatswesen in diesen

Regionen einem vorherrschenden Weltbild folgen, das periphere Gesellschaften im Wesentlichen als durch ethnische und/oder religiöse Identitäten determiniert sieht. Eine solche Sichtweise ist aber dann nicht ganz unproblematisch, wenn die von den intervenierenden Kräften vorgenommene Besetzung dieser Übergangsadministrationen einem von Außen klassifizierten ethnischen und/oder religiösen Proporz folgt, wenn also gesellschaftliche Gruppen nach diesen Kriterien identifiziert und deshalb an der Macht beteiligt werden. In dieser Perspektive wird nicht reflektiert, dass eine solche Auswahl künftiger politischer Eliten nur einer bestimmten Wahrnehmung folgt und ethnische bzw. religiöse Identitäten eventuell auf diese Weise erst gebildet werden. Identitäten, die dann zu einer von außen, durch westliche Politik und Wissenschaft konstruierten sozialen Realität werden. Das zweite von Joras & Schetter herausgearbeitete Verständnis von Ethnizität, dass diese Identitäten als historisch-politisch abhängige soziale Konstruktionen und damit als potentiell veränderbar begreift, würde dagegen genau auf diese Aspekte hinweisen und sie hervorheben. Nur scheint diese zweite Sichtweise im Mainstream des aktuellen Diskurses wenig politikmächtig zu sein, was Konsequenzen für künftige Strategien haben kann.

Mit den Folgerungen aus der komplexen Debatte setzt sich der letzte Beitrag des Bandes auseinander. *Andreas Wimmer* versucht in seinem differenzierten Beitrag „Toward a New Realism“ die in dem Band vorgelegten Thesen und Perspektiven zusammenzufassen und daraus Konsequenzen für die weitere Forschung, aber vor allem auch für politisches Handeln abzuleiten. Er vertritt die These, dass sich trotz aller Differenzen zwischen den einzelnen Positionen mittlerweile so etwas wie ein

neuer Konsens abzuzeichnen scheint, ein Konsens allerdings der nach seiner Aussage zunächst noch von ‘dünner’ Qualität sei und den man von daher als Minimalkonsens bezeichnen könnte. Wimmer bezeichnet diese Position als Neuen Realismus (nicht zu verwechseln mit der IB-Theorie des Realismus/Neorealismus). Dieser Neue Realismus beinhaltet fünf Elemente, die auf der Analyseebene auf fünf – im Kern von allen Sichtweisen geteilte – Einsichten über das Wesen ethnischer Konflikte basieren (*Complexity; Individuality; Depth; Persistence and Durability; Bounded Mediators*). Auf der Politikebene werden diesen Einsichten Konsequenzen oder Alternativen für das konkrete politische Handeln beigeordnet (352f). Verkürzt zusammengefasst plädiert der Autor angesichts der Komplexität, Langwierigkeit und Heterogenität ethnischer Konfliktformationen für ein vielschichtiges, dem jeweiligen Einzelfall angepasstes, historisch-strukturelle sowie interne und externe Aspekte berücksichtigendes, langfristig angelegtes, kleinschrittiges Engagement.

Dieses Plädoyer klingt, gerade angesichts der eher ernüchternden Erfahrungen mit verschiedenen bisherigen Strategien, erst einmal sympathisch. Allerdings dürfte auch hierbei in der Umsetzung – wie so häufig – der Teufel im Detail stecken. Problematischer als diese mehr pragmatische Frage scheint denn aber, ob der Befund der Existenz eines hierfür notwendigen Minimalkonsens treffend ist. Wie bereits betont, scheint es doch eine Fülle von Indizien dafür zu geben, dass die Interpretation, für die eine quasi naturgegebene, unveränderbare ethnische und/oder kulturelle Identität der entscheidende Faktor für den inneren Zusammenhalt von Gesellschaft ist, im Augenblick wesentlich deutungs- und wirkungsmächtiger und damit von höhe-

rer Politikrelevanz ist als andere. Ob AnhängerInnen dieser Sichtweise (die im Buch als ethnosymbolisch benannt wird) sich tatsächlich auf eine Politik im Sinne des vorgeschlagenen „Neuen Realismus“ einlassen können, bleibt zumindest fraglich. Und fraglich bleibt auch, ob die Konzentration auf einen, auch begrifflich so in den Mittelpunkt gestellten, ‘Realismus’ das Denken in alternativen, unkonventionellen Bahnen nicht behindert. Aber dies wird in einem Buch, das dazu beitragen möchte, etablierte Diskurse aufzubrechen, nicht intendiert sein.

Insgesamt handelt es sich um ein sehr anregendes Buch, das seinem selbst gesteckten Anspruch im Wesentlichen gerecht wird. Dass die gezogenen Schlussfolgerungen stellenweise Widerspruch provozieren, spricht ebenfalls nicht gerade gegen den Band. Gerade als ein Kompendium der verschiedenen Positionen und Aspekte zum Thema ist es sehr gelungen und für alle am Thema Interessierten lesenswert und informativ. Als Reader zu entsprechenden Seminarveranstaltungen ist es unbedingt zu empfehlen.

Dietmar Fricke

Quentin Gausset, Michael A. Whyte & Torben Birch-Thomsen (Hg.): *Beyond Territory and Scarcity. Exploring Conflicts over Natural Resource Management*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2005, 216 Seiten

Dieses Buch ist insgesamt ein überaus erhellender Beitrag über die Grenzen des methodologischen Individualismus und über die Fallstricke, die lauern, wenn man sich dieser allzu oft übersehenen Grenzen nicht bewusst ist. Der Titel benennt die beiden entscheidenden Parameter, um die es in dieser aus einer Konferenz am Insti-

tut für Geographie der Universität Kopenhagen hervorgegangenen Sammlung von Beiträgen aus geographischer, ethnologischer und umweltwissenschaftlicher Sicht geht: Wie die Herausgeber einleitend unterstreichen, sind herrschende Ansätze zur Erklärung und vor allem zur Prognostik von Umweltfragen in einem Paradigma gefangen, das in seinen wesentlichen Teilen auf die berühmte Schrift von Thomas Malthus (1803) zurückgeht: Betrachtet wird die Verknappung von Ressourcen auf einem bestimmten, abgegrenzten Territorium durch individuelle Handlungsweisen. Dabei stand für Malthus im Vordergrund, dass die Zunahme der verfügbaren Menge von Nahrungsmitteln arithmetisch, die Bevölkerungszunahme dagegen exponentiell verlaufe, während die neomalthusianische Ökologie die Abnahme der Naturressourcen gegenüber einer – wenigstens zunächst – wachsenden Bevölkerung postuliert. Die Gegenposition wird vor allem durch den Ansatz von Esther Boserup bezeichnet, die auf diverse Prozesse der Intensivierung und Rationalisierung der Ressourcennutzung verwies, um so die im malthusianischen Modell starren Grenzen zu bestreiten oder doch zu relativieren. Eine der *social anthropology* zugeordnete Zwischenposition hebt stärker auf die Bedeutung konkreter Fallstudien ab, von denen einige auch im vorliegenden Band vorgestellt werden.

Vor allem aber unterstreichen die Herausgeber ebenso wie eine Reihe von Autoren in den Einzelbeiträgen, dass Ressourcennutzung wenigstens in den hier dargestellten Fällen grundlegend anders verläuft, als in den herrschenden Paradigmen und den daraus abgeleiteten Modellen angenommen wird. Dabei wird, zumindest wenn man die auf Afrika südlich der Sahara bezogene Diskussion berücksichtigt,

im Grunde nicht viel Neues berichtet, doch der theoretische Kontext in den diese meist im Prinzip wohl bekannten Sachverhalte eingeordnet werden, ist überaus aufschlussreich. Einzelpersonen agieren demnach nicht als Monaden, wie die klassische politische Ökonomie (gegeißelt von Marxens Spott über „Robinson auf seiner Insel“) bis hin zu Spieltheorie und *New Institutional Economics* (NIE) unterstellen. Sie agieren vielmehr in spezifischen, oft gemeinschaftlich definierten Zusammenhängen, die Kooperationsmöglichkeiten bereitstellen, aber auch Regeln enthalten, nach denen nicht zuletzt die gemeinschaftlichen Ressourcen genutzt werden – ein wesentlicher und grundlegender Einwand gegen die gängige Vorstellung von der „Tragedy of the Commons“, nach der Trittbrettfahrer („fellow travellers“) überall bereitstehen, um die gemeinschaftlichen Ressourcen unbeschränkt auszubeuten. „Knappheit“ erweist sich so als relativ und durch spezifische Vorgaben definiert. Insbesondere aber ist sie historisch spezifisch und lässt sich daher nicht, wie die meisten mikroökonomisch orientierten Ansätze unterstellen, ahistorisch verallgemeinern, was zugleich, wie hier u.a. D.A. Wardell unterstreicht, auf Entpolitisierung und Entkulturalisierung hinausläuft (vgl. S. 188). Zugleich ist damit auf die sinnhaften und moralischen Gehalte jeglicher Ökonomie zumal unter dem Gesichtspunkt der Ressourcennutzung verwiesen. Aber auch „Territorium“ ist keineswegs so fest abgegrenzt, wie gern unterstellt, und oft ist es von erstaunlich geringer Relevanz – was freilich, wie die Fallbeispiele zeigen, von Fall zu Fall höchst unterschiedliche Konsequenzen zeitigt. Insbesondere relativieren unterschiedliche Formen der Migration diese Vorstellung, weil sie die Aktionsfelder von

Einzelpersonen, Haushalten, aber auch von größeren Gruppen entscheidend erweitern.

Die acht Fallstudien beziehen sich vor allem auf die westafrikanische Sahel-Region, hinzu kommen je ein Beitrag zum westlichen Sudan, zur Kivu-Region in der Demokratischen Republik Kongo und zu Lesotho. Thematisch behandeln sie sehr unterschiedliche Formen, in denen vor allem ländliche Akteure sich mit krisenhaften Veränderungen ihres Umfeldes auseinandergesetzt haben, und der analytische Rahmen reicht von den Strategien eines einzelnen Bauern bis zu langfristigen Entwicklungstendenzen in einer ganzen Region.

Das kleine, vollständig von südafrikanischem Territorium umschlossene Königreich Lesotho erlebte Ausgangs des 20. Jahrhunderts eine tiefgreifende Veränderung durch den massiven Rückgang der Rekrutierung von Arbeitskräften für die Bergwerksindustrie des südafrikanischen Witwatersrand. Ausgangspunkt für *Christian Boehm* ist daher die auf „Deagrarisierung“ durch die Verallgemeinerung von Wanderarbeit folgende „Deindustrialisierung“ (29) durch das faktische Ende dieses Systems, das jahrzehntelang die Lebensform der meisten Basotho geprägt hat, ungeachtet ihrer Selbstdefinition als solche, die „den Boden bewirtschaften“. Boehm zeigt nun anhand der vier Felder eines ehemaligen Bergarbeiters, welche vielfältigen Beziehungen und Strategien nötig sind, um dessen Bauernwirtschaft zu betreiben – angesichts der Tatsache, dass keines dieser Felder ihm gehört, ergeben sich unterschiedliche Dienstleistungen, Formen der Teilung von Arbeit, Aufwendungen und Produkten. Doch Boehm zufolge herrscht in Lesotho angesichts großer ungenutzter Flächen nicht Knappheit an Land, wie die neomalthusianische Sicht nahelegen würde, sondern an Bargeld, Ar-

beitskraft und Zugang zu Land: „Landwirtschaft ist heute ein Privileg der Haushalte mit stetigem Zugang zu Lohneinkommen“ (41), weil nur sie die notwendigen Arbeitsmittel beschaffen können. Die Norm der landwirtschaftlichen Betätigung entfernt sich damit weiter von der Realität, und diese ist nicht allein durch lokale ökologische Gegebenheiten bestimmt, sondern in weit höherem Maß durch „globale Aspekte wie Goldpreise, internationale Textilabkommen oder EU-Geberpolitik“ (44).

Einige Beiträge rücken die Strategien der Intensivierung und Diversifikation einschließlich der weiträumigen Arbeitsmigration in den Vordergrund. Das gilt neben den vergleichenden Studien über Fallbeispiele in Burkina Faso und Niger von *Simon Batterbury* sowie über zwei Orte in Nordost-Ghana von *D. Andrew Wardell* für die Daten, die *Michael Mortimore* an zwei Beispielen aus „African Drylands“ gewonnen hat: Zum einen arbeitet er die „soziale Widerstandsfähigkeit (resilience)“ in der Kano Close-Settled Zone im Norden Nigerias heraus, was sich an dem „hohen Maß an Anpassungsfähigkeit“ ablesen lässt, das sich aus der Versorgung der Stadt Kano mit Lebensmitteln angesichts einer signifikant gewachsenen ländlichen Bevölkerung ergibt (55). Im Département Maradi in Niger kam es zu einer komplexen Dynamik der Intensivierung, die im konkreten Fall auch mit der Individualisierung ökonomischer Strategien verbunden war. Knappheit erscheint demnach strikt relativistisch als „Fehl-schlag von Lebenszusammenhängen (livelihood)“ (66). Einen ausgesprochenen Erfolg solcher Strategien beschreibt *Kristine Juul* mit der Erfahrung von FuutankoBe-Nomaden im nördlichen Senegal, für die der durch die Folgen der großen Saheldürre 1972-73 erwungene Rückzug aus dem

Flusstal in das Ferlo-Bergland zum Ausgangspunkt für die grundlegende Umwandlung ihrer Wirtschaftsform von der Groß- zur Kleinviehhaltung, vor allem aber zur Erschließung neuer Ressourcen wurde, weil sie begannen, mittels alter Reifenschläuche von Großfahrzeugen Wasser per Eselskarren zu Weidegebieten zu bringen, die zuvor wegen ihrer Entfernung vom nächsten Bohrloch in der Trockenzeit nicht nutzbar gewesen waren. Dies führte zu grundlegenden Veränderungen in der regionalen Wirtschaftsweise, den politischen Kräfteverhältnissen, nicht zuletzt aber auch zu Kontroversen und darauf folgende Verschiebungen über Eigentumsrechte und -begriffe. Im Sinne der Gesamtintention des Bandes eigentlich wenig ermutigend ist die Feststellung, dass gerade die erfolgreichen Migranten unter den FuutankoBe zwar Zuzugsrechte gegenüber mehr oder weniger Eingesessenen beanspruchten, ihrerseits aber gegenüber Nachkommenden während späterer Dürreperioden zumal 1991-93 einen eigenen Exklusivitätsdiskurs entwickelten und individuelle Verfügungsrechte geltend zu machen begannen. Dies könnte darauf hindeuten, dass hier zwar das Problem der Knappheit durch Abwanderung und Erschließung neuer Weidegebiete relativ von Territorialität entkoppelt wurde, dass aber die durch Knappheit gesetzten Grenzen jedenfalls nur verschoben und angesichts des Auftretens neuer Migranten wieder fühlbar wurden.

Zweifellos handelt es sich hier zugleich um ein eindrucksvolles Beispiel afrikanischen Erfindungsreichtums, der in anderer Form auch von *Walter E.A. van Beek* und *Sonja Avontuur* anhand der Siedlungs- und Anbaugeschichte der Kapsiki/Higi in Nord-Kamerun und Nordost-Nigeria belegt wird, wobei hier zunächst die politischen Rahmenbedingungen, beginnend mit der

Sklavensjagd über die Pazifizierung unter dem Kolonialismus eine Rolle spielen, so dann der demographische Aufschwung, der mit der Nutzung neuer Landflächen, neuen Siedlungsformen und der Diversifizierung des Anbaus einherging. Auch hier ist eine Individualisierung der Besitzverhältnisse zu verzeichnen. In der Tkar-Ebene weiter südlich an der Grenze zwischen Kamerun und Nigeria spielen die Nutzungsansprüche von Bauern und Viehaltern eine entscheidende Rolle, doch betont *Quentin Gausset*, dies sei nicht auf eine absolute Knappheit zurückzuführen, sondern vielmehr auf konfligierende und konkurrierende Definitionen der Nützlichkeit von Ressourcen sowie der Schäden, die durch deren spezifische Nutzung zumal zum Zwecke des Ackerbaus oder der Weidewirtschaft eintreten; diese unterschiedlichen Perspektiven verbinden sich mit unentschiedenen Konflikten über die Rechte konkurrierender traditioneller Machthaber und damit letztlich mit Strategien des postkolonialen Staates. Diese Strategien stehen ebenfalls im Vordergrund der Konflikte um unterschiedlichste Ansprüche auf Ressourcen im westlichen Sudan. *Leif Manger* sieht hier aber sehr viel stärker bürokratisches Versagen sowohl aufgrund von Inkompetenz und mangelnder Einsicht in die lokalen und regionalen Gegebenheiten als auch aufgrund von grassierender Korruption und der Probleme der staatlichen Zentrale in Sudan am Werk. Leider fehlt hier ein konkreter Ausblick auf die aktuelle Darfur-Krise; die Darstellung endet zeitlich an der Schwelle zur offenen Gewaltausübung großen Stils in dieser Region.

Diese Perspektive bezieht die Skizze von *James Fairhead* über koloniale sowie postkoloniale Ressourcennutzung und

sequenzielle Regime der (Zwangs-)Arbeit und Bodennutzung in der östlichen Demokratischen Republik Kongo, konkret in der Provinz Bwishu, nördlich der aus den aktuellen Nachrichten bekannten Stadt Goma, ausdrücklich mit ein. Weitgehend gestützt auf Abschlussarbeiten an der regionalen Universität Bukavu zeichnet *Fairhead* die Ausplünderung des Kivu seit der Einbeziehung in den Machtbereich Rwandas in vorkolonialer Zeit, vor allem aber durch die Kolonisierung nach, die zur Einsetzung kollaborierender Häuptlinge und zur Etablierung von mehr als 200 Pflanzern führte, gleichbedeutend mit der großflächigen Enteignung Autochthoner vom Boden und der Durchsetzung eines Zwangsarbeitssystems, das nach dem Zweiten Weltkrieg gelockert, nach dem Machantritt des langjährig vom Westen gestützten Diktators Mobutu aber aufs Neue verschärft wurde. Die aktuellen Konflikte nach dem Sturz Mobutus und die komplexen militärischen Konflikte, die sich unter Teilnahme der Nachbarn Uganda und Rwanda entwickelt haben, interpretiert *Fairhead* als Ausdruck des anhaltenden Hungers der Industrieländer nach der reichen Rohstoffpalette gerade dieser Region, die mit Kobalt und Coltan/Tantalit entscheidende Ressourcen für neueste Technologien bereitstellt.

Insgesamt wird dieser Band sicher keine Lösung für die mit Knappheit bezeichneten Probleme angeben können. Er leistet jedoch sehr wohl einen theoretisch reflektierten, empirisch gesättigten Beitrag zu der überfälligen Einsicht, wo solche Lösungen schwerlich zu suchen sind – in der Orthodoxie eines gesellschaftliche Realitäten systematisch verfehlenden methodologischen Individualismus.

Reinhart Kößler

WIDERSPRUCH. Beiträge zu sozialistischer Politik, Nr. 50. Zürich: WIDERSPRUCH 2006, 228 Seiten

Elmar Altvater & Nicola Sekler (Hg.): *Solidarische Ökonomie*. Hamburg: VSA 2006, 165 Seiten

Stiftung Fraueninitiative, Carola Möller, Ulla Peters & Irina Vellay (Hg.): *Dissidente Praktiken. Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation*. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag 2006, 287 Seiten

Genau zu dem Zeitpunkt, zu dem der Neoliberalismus auf seinem Siegeszug um den Globus immer mehr Hinterland der nationalen Ökonomien, sozialer Strukturen und gesellschaftlichen Bewusstseins durchdringt, bringen seine inneren Widersprüche auch ein immer stärkeres Nachdenken über Alternativen sowie vielfältige alternative Praktiken hervor. Drei aktuelle Veröffentlichungen zu alternativen Konzepten und alternativen Praxisansätzen sowie ein Kongress zu „solidarischer Ökonomie“ im November 2006 mit 1.400 Teilnehmenden in Berlin stehen für ein großes aktuelles Interesse an Ausbrüchen und Auswegen, Widerspruch und Widerstand gegen das „neoliberale Einheitsdenken“ (Pierre Bourdieu) in Politik und Gesellschaft wie auch gegen die konzernkapitalistische Weltökonomie.

Gemeinsam ist den mehr als 50 AutorInnen der drei Publikationen die Absicht, den Mythos neoliberaler Ideologie, dass es keine Alternative gebe, denk- oder tatkräftig zu demontieren. Sie bestätigen Hannah Arendt, die sagte, das „Wunder der Freiheit“ bestehe darin, dass Menschen Prozesse unterbrechen und einen Neuanfang machen könnten. Doch über die andere Welt, die durch die Unterbrechungen und Suche nach Alternativen möglich werden

soll, besteht ein breites Spektrum von teils leicht ausdiskutierbaren Differenzen, teils unüberwindbaren Klüften und vertrackten Widersprüchen.

„Alternativen!“ verspricht das 50. Heft der Schweizer Zeitschrift *WIDERSPRUCH*, die damit auf stolze 25 Erscheinungsjahre zurückblicken kann. Diese Ausgabe versammelt eine breite Palette sowohl erneuter Kritik an Kapitalismus, neoklassischer Ökonomie, neoliberaler Politik und dem Patriarchat als auch kleiner politischer Reformvorschläge und großer Gegenentwürfe. Zu fragen bleibt bei jedem Beitrag: Alternativen wozu? Zur profitorientierten Logik des kapitalistischen Markts, zur Wachstumsdoktrin, zum Sozialabbau, zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle, zu Technik als kapitalistischem Herrschaftsmittel?

Mehrere Autoren versuchen die sogenannten „Sachzwänge“ des Systems aus der Erwerbsarbeit heraus und mit einer gewerkschaftlichen Perspektive quertzubürsten. Diese Versuche greifen sehr unterschiedlich tief ein in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse. *Walter Schönis* Vorschlag der Humanisierung der Arbeit jenseits einer Optimierung des Personals, *Paul Oehlkes* arbeitspolitische Innovationen zur In-Gang-Setzung sozial-ökologischer Kreisläufe als Alternative zum Kostensenkungswettbewerb, *Carlo Knüpfels* Idee einer Sozialversicherung gegen Erwerbsausfall, die dem Sozialabbau einen Sicherungsriegel vorschieben will, *Silvia Strubs* Analyse der Anti-Diskriminierungseffekte des Schweizer Gleichstellungsgesetzes – all diese Ansätze bewegen sich im Rahmen neokeynesianischer Konzepte und in gewerkschaftlich-korporatistischen Denktraditionen. Das bedeutet aber auch, dass sie sich nur bedingt von der Logik kapitalistischer Verwertung und marktgesteuerten Doktrinen wie „Employability“ und Wachstum frei machen.

Dagegen bemerkt z.B. *Alex Demirovic* zu Recht, dass eine Demokratisierung der Wirtschaft über gewerkschaftliche (Mitbestimmungs-)Ansätze hinausgehen und die aus dem Erwerbsarbeitsmarkt Ausgeschlossenen einbeziehen müsse.

Insgesamt bleibt die Frage offen, ob und wie viel transformatorische Strahlkraft die angedachten Alternativen entfalten können. Die dazu notwendigen politisch und strategisch weiterführenden Kontroversen sind in der Zeitschrift nicht organisiert.

Mehrere Beiträge in *WIDERSPRUCH* aus feministischen Federn versuchen, Frauen und ihre Arbeit aus der Unsichtbarmachung durch den kapitalistischen Markt zu holen. *Luise Grubitzer* legt ein Fünf-Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft – darunter der Haushaltssektor mit seiner Versorgungsrationalität – als Gegenentwurf zur traditionellen Volkswirtschaftslehre vor. Die britischen feministischen Ökonominen *Diane Elson* und *Jasmine Gideon* betrachten den internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die *Gender-Budget*-Initiativen als Instrumente, um Frauenrechte umzusetzen und die Verschränkung von bezahlter und unbezahlter Ökonomie deutlich zu machen.

Während *Frigga Haug* den Linken einen neuen Geschlechtervertrag vorschlägt, der Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse neu regeln soll, kündigt *Claudia von Werlhof* den Dialog mit den Linken ultimativ auf, weil diese den Zusammenhang von Kapitalismus und Patriarchat nicht kapieren wollten und sich nicht für die „wirkliche Alternative“ einer „mütterlichen Ordnung“ und einer Subsistenzperspektive interessierten. (109)

Das Projekt einer neuen politischen Linken wird in *WIDERSPRUCH* im Spektrum der Alternativen als eine Versuchsanord-

nung und ein Hoffnungsträger diskutiert, um die Risse in der neoliberalen Hegemonie zu verbreitern und eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse anzustoßen. Doch auch unter diesem neu-linken Dach ist die Palette von Ansätzen zur Re-Regulierung und sozialstaatlichen Erneuerung breit und wenig kohärent, außerdem auch nicht gerade geschlechtersensibel. Da *Karl-Heinz Roth* erneuerte Staatlichkeit hin zum globalen Keynesianismus für utopisch hält, setzt er gegen das linke Parteienmodell die „sympathische“ Utopie der „sozialen Selbstbefreiung der Ausgebeuteten“. (202)

Elmar Altvater fokussiert auf eine Alternative zum Anpacken. Er sieht Ansätze zu einer solidarischen Ökonomie als Antwort auf die neoliberale Konterrevolution und die globale Privatisierungsmanie. Seine Vision zielt auf „alternative Formen der Vergesellschaftung“ (8), die sich aus den Handlungslogiken emanzipieren, welche durch die kapitalistisch bestimmte Arbeits- und Geldform vorgegeben werden. Derzeitige mikroökonomische Projekte solidarischer Ökonomie sieht er jedoch realistisch innerhalb und nicht jenseits des kapitalistischen Marktes angesiedelt und einer ständigen Bedrohung durch Prekarität ausgesetzt. Damit sie eine Überlebenschance haben, sind makroökonomische Alternativen auf nationalstaatlicher Ebene wie z.B. eine Regulierung der Finanz- und Handelsströme wie auch eine globale Vernetzung politisch einflussnehmender Bewegungen als Rahmenbedingung notwendig.

Der von *Altvater* und *Nicola Sekler* herausgegebene Sammelband *Solidarische Ökonomie* ist zu einem großen Teil als Lehrbuch darüber angelegt, dass auch unter „widrigen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen ein selbst-

bestimmtes und solidarisches Miteinander“ (7) möglich ist. Fragt sich nur, was die Kriterien für „solidarische Ökonomie“ sind? Wenn selbstgestaltet und selbstverwaltet wird? Wenn die Arbeitenden Produktionsmittel und Zeitaautonomie zurückerobern? Wenn Gewinne nicht individuell angeeignet, sondern kollektiv re-investiert werden? Oder behält das Oppenheimersche Gesetz recht, dass marktökonomisch erfolgreiche Kooperativen sich zwangsläufig in normale kapitalistische Unternehmen verwandeln müssen?

Der Band fragt, was aus Genossenschaftsbewegungen der Vergangenheit und gegenwärtigen kollektivwirtschaftlichen Ansätzen in Ländern des Südens gelernt werden kann.

Für *Gabriele Herbert* zeugen Genossenschaften von den jugoslawischen selbstverwalteten Betrieben bis zu den britischen Co-op-Geschäften davon, dass es doch „schon das richtige Leben im Falschen“ (27) geben kann. *Irmtraud Schlosser*, *Bodo Zeuner* und *Burghard Flieger* differenzieren dagegen, wann in selbstorganisierten Unternehmungen ein „utopischer Überschuss“ erstens vorhanden und zweitens zum „Stachel im Fleisch des Kapitalismus“ (33) werden kann. Andererseits liegt auf der Hand, so *Bernhard Leubolt* und *Markus Auinger*, dass dem kapitalistischen Staat auf dem Weg von *welfare-* zu *workfare-*Staatlichkeit in der aktuellen Erwerbsarbeitskrise die selbstorganisierten „Arbeitskraft-UnternehmerInnen“ (44) als beschäftigungs- und soziale Auffangnetze hoch willkommen und teils förderungswürdig sind. So stecken solidarische Projekte wie *Non-Profit*-Betriebe, Produktions-, Konsum- und Wohnungsbau-Genossenschaften, Tauschringe und fairer Handel alle in dem vertrackten Dilemma

zwischen transformatorischen Potentialen und systemstabilisierender Funktion.

Dies trifft ebenfalls für die Beispiele solidarischen Wirtschaftens aus den Ländern des Südens zu. Zwar sind Genossenschaften oder Betriebsbesetzungen auch in Argentinien und Brasilien „Kinder der Not“ (57) und Antwort auf eine Beschäftigungs- und De-Industrialisierungskrise, wie *Viviana Uriona*, *Margot Geiger* und *Clarita Müller-Plantenberg* analysieren. Aber sie bilden trotzdem eine Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ab, in denen die Arbeitskräfte Produktionsmittel und Zeit unter ihre eigene Kontrolle nehmen. Einige sind fest in die Wertungsketten des transnationalen Kapitals eingebunden (z.B. der Kaffee-Export aus Chiapas), andere entfalten sich gerade in für das Kapital unrentablen Bereichen. Wesentlich für die Nachhaltigkeit und utopischen Potentiale einer Kollektivwirtschaft sind, wie *Mariam Boyer* für Chiapas darstellt, ihre Einbettung in eine „kommunale Organisation des sozialen und politischen Lebens“ (106). Das macht sie in den autonomen Zapatista-Gemeinden zum Bestandteil einer neuen Vergesellschaftung.

Für alle solidarwirtschaftlichen Ansätze, seien es die von der Chavez-Regierung administrativ geförderte Volksökonomie in Venezuela, die in Konfrontation mit dem Staat arbeitenden Kooperativen in Brasilien, die Wiederaneignung der biologischen Saatgutvielfalt und die Revitalisierung traditioneller Agrarnutzung in Indien oder Modellprojekte im Osten Deutschlands, – für alle bleiben die Fragen offen: Können sie langfristig mehr sein als Armutsökonomie, Nischenaktivität oder „eine weitere Eigentumsform im Kapitalismus“, oder wachsen aus den Einzelprojekten nachhaltige Strukturen und Netzwerke, die dann Teil einer neuen „Mixed Economy“ wer-

den, die eine post-kapitalistische Gesellschaftsformation zumindest vorbereitet, wie *Wolfgang Nitsch* hofft.

Der dritte Sammelband, die von der Stiftung Fraueninitiative, Carola Möller, Ulla Peters und Irina Vellay herausgegebenen Überlegungen über *Dissidente Praktiken. Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation*, tritt mit dem weitergehenden Anspruch an, herrschafts- und warenkritische Selbstorganisation zu beleuchten. *Ulla Peters* unterscheidet drei Handlungsorientierungen in Wirtschaftsalternativen: „Integration (verbessern, mit denselben Methoden arbeiten), Alternative (Vision einer anders strukturierten Gesellschaft) und Dissidenz (dem Gegenwärtigen Energie entziehen, stören)“ (174). Dissidente Praktiken verschieben – im Sinne Holloways – Machtverhältnisse, erweitern die Zwischenräume innerhalb kapitalistischer Herrschaft, ohne nach der Staatsmacht zu greifen. Verschiebung von Kräfteverhältnissen schafft Raum für praktische Erkundungen, für kleine Schritte ohne gleich große Gegenentwürfe von alternativer Ökonomie herstellen zu wollen und zu können.

Peters und *Irina Vellay*, die mit *Carola Möller* dissidente Praktiken vorstellen, setzen an den Rissen an, die sich durch die neoliberalen Verhältnisse ziehen. Doch nicht – wie im *WIDERSPRUCH* – mit einer linken Partei-Alternative, sondern mit informeller Selbstorganisation. Voraussetzung ist die Erfahrung, dass zur neoliberalen Umstrukturierung der Ökonomien und Gesellschaften wesentlich eine Neukonstruktion des Verhältnisses von Produktion und sozialer Reproduktion gehört. In der Krise gewinnt die Gebrauchssphäre an den Rändern der Marktökonomie und jenseits der Kapitalverwertung und Warenform an Bedeutung.

Jede Krise ist Niedergang und Erneuerung. Nahezu alle Beispiele und Ansätze von Selbstorganisation in dem Sammelband sind aus gesellschaftlichen Krisen geboren. Am Anfang des Sammelbands dokumentieren auf eindruckliche Weise zwei Berichte über lokale und nachbarschaftsbasierte Initiativen in Detroit, einer Stadt auf dem Tiefpunkt industrieller und sozialer Zerstörung, die Freiheit, von der *Hannah Arendt* sprach: selbstorganisiert die Zirkel von Gewalt und Ausbeutung zu unterbrechen. Neuanfänge von Menschlichkeit und Sozialem entstehen, indem Jugendliche in sichtbare Projekte einbezogen, öffentliche Räume z.B. durch Kultur wiederangeeignet und humane Beziehungen zwischen Menschen und zur Natur wiederhergestellt werden.

Wiederaneignung und Neuerfindung sozialer und ökonomischer Zusammenhänge sind ein Leitmotiv der Versuche zur Selbstorganisation, die der Band versammelt. Kooperation wird als Form der Vergesellschaftung neu geschmiedet – was mühsamer ist, als es klingt. Zudem stehen diese informellen Versuchsanordnungen in dem Widerspruch, subversiv und herrschaftskritisch sein zu wollen, aber als Selbsthilfe und Eigeninitiative für den Sozialabbau und das Armutmanagement äußerst funktional, ja herrschaftssichernd zu sein. *Stephan Lanz* analysiert in einem Vergleich von vier Formen urbaner Selbstorganisation in Argentinien und Brasilien, nämlich Fabrikbesetzungen, Kooperativen und einer Reggae-Gruppe, wie unterschiedlich die herrschaftskritischen und emanzipatorischen Potentiale sind. Alle bewegen sich in dem Dilemma, Elemente einer solidarischen Alternative vorwegzunehmen, gleichzeitig aber verflochten mit dem kapitalistischen Markt zu wirtschaften. Das Inseldasein im brandenden Meer kapitali-

stischer Akkumulation und Verwertung ist stets hochgradig gefährdet.

Wenn aber Selbstorganisation und Selbsthilfe auf der Grundlage von Zugangsrechten zu „Gemeinheiten“ wie öffentlichen Gütern geschehen, ermöglichen sie, so hofft Vellay, dissidente Praktiken, die sich der Verwertungslogik zumindest teilweise entziehen können. So lässt sich dann „von unten... Verfügungsmacht über die eigenen Existenzbedingungen“ (58) aufbauen.

Der Sammelband löst einen wichtigen Anspruch von Selbstorganisation ein: Sie braucht eine ständige Reflexion und selbstkritische Debatte. Auch wenn die Risiken der Kooptation und der Nischenexistenz groß sind, macht der Sammelband mit den Worten von *Friederike Habermann* deutlich: „Glokale Inseln einer emanzipatorischen Lebensweise zu schaffen, ist unabdingbar bei der Suche nach der neuen Welt.“ (281)

Christa Wichterich

Eingegangene Bücher

Asienhaus Essen u.a. (Hg.): *Kein Geld für die Armen? Ursachen – Analysen – Alternativen. Essen: Asienhaus Essen u.a. 2006 (Social Watch Deutschland. Report 2006, Nr. 6), 113 S. ISBN3-924493-71-5.*

Baumhackl, Herbert; Habinger, Gabriele; Kolland, Franz; Luger, Kurt (Hg.): Tourismus in der „Dritten Welt“. Zur Diskussion einer Entwicklungsperspektive. Wien: Promedia Verlag 2007, 240 S. ISBN 3-85371-256-8.

Basedau, Matthias; Erdmann, Gero; Mehler, Andreas (Hg.): Votes, Money and Violence. Political Elections in Sub-Saharan Africa. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet/Scottsville: University of KwaZulu/Natal Press 2007, 301 S. ISBN 978-91-7106-579-7 u. 1-86914-119-6.

von Benda-Beckmann, Franz; von Benda-Beckmann, Keebet (Hg.): Dynamics of Plural Legal Orders. The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law, Nrs. 53/54. Berlin: LIT 2006, 270 S. ISBN 3-8258-9898-9.

Berzborn, Susanne: Ziegen und Diamanten. Sicherung der Lebensgrundlagen im ländlichen Südafrika. Berlin: LIT 2006, xiv + 480 S. und 14 Tafeln ISBN 3-8258-8469-4.

Bott, Sandra; David, Thomas; Lützelshwab, Claude; Schufelbuehl, Janick Maria (Hg.): Suisse – Afrique (18e-10e-siècles): De la traite des Noirs à la fin du régime de l'apartheid/ Schweiz – Afrika (18.-20. Jahrhundert) : Vom Sklavenhandel zum Ende des Apartheid-Regimes. Münster: LIT 2005, 324 S. ISBN 3-8258-7794-9.

Buur, Lars; Jensen, Steffen; Stegputat, Finn (Hg.): The Security-Development Nexus. Expressions of Sovereignty and Securitization in Southern Africa. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet &

Cape Town: HRSC Press 2007, 284 S. ISBN 978-91-7106-583-4.

Brandt, Willy: Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale. Bonn: Dietz 2006 (Berliner Ausgabe, Bd. 8), 684 S. ISBN 3-8012-0308-5.

Brethauer, Lars; Gallas, Alexander; Kannankulam, John; Stütze, Ingo (Hg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg: VSA-Verlag 2006, 336 S. ISBN 3-89965-177-4.

Caborn, Joannah: Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik. Münster: UNRAST 2006 (Edition DISS, Bd. 10), 263 S. ISBN 3-89771-739-5.

Castro Varela, María do Mar: Unzeitgemäße Utopien. Migrantinnen zwischen Selbsterfindung und Gelehrter Hoffnung. Bielefeld: transcript 2007, 304 S. ISBN 978-3-89942-496-6.

Christiansen, Catrine; Utas, Mats; Vigh, Henrik E. (Hg.): Navigating Youth, Creating Adulthood. Social Becoming in an African Context. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2006, 272 S. ISBN 91-7106-578-4.

Das Argument, Nr. 267: Geschichte global denken. Hamburg: Argument-Verlag 2006, 150 + x S. ISBN3-88619-670-4.

Das Argument, Nr. 269: Dialektik des Antikapitalismus. Hamburg: Argument-Verlag 2007, 168 + viii S. ISSN 0004-1157.

Deitelhoff, Nicole: Überzeugung in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006, 147 S. ISBN 3-518-29421-0.